

Recht zu sein! Wir finden vielmehr, daß noch niemals in einem Rechtsstaat ein Mann in vollster Öffentlichkeit in steter Wiederholung so ungehemmt zum Mord anreizen konnte wie Hitler!

Nach verbirgt sich die Solidarität mit den Mördern hinter einer Maske der Scheinlegalität, hinter den formellen Redensarten des Bedauerns und der Verurteilung — aber diese Redensarten werden wertlos gemacht durch die Betätigung der praktischen Solidarität!

Als die Mörder der Genossen Schneider und Graf flüchteten, wurden sie von der nationalsozialistischen Partei mit Rat, Hülfe und Geld unterstützt. Das war praktische Solidarität der nationalsozialistischen Partei mit seinen Mordmördern. Die Rechtshilfe, die Hitler den Mördern von Hamburg stellt, zeigt die gleiche Solidarität. Was besagt demgegenüber die Formalität des „Ausschlusses aus der Partei“! Sie ist nichts als die Maske, bestimmt jene gefällig zu täuschen, die gern an eine Legalität des Herrn Hitler glauben wollen!

Die Bluttat von Hamburg ist eine der feigsten, unmenschlichsten Taten, die der Bürgerkrieg zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten hervorgebracht hat. Die kaltblütige Vorbereitung wie die brutale Durchführung entspricht den schlimmsten Mordtaten im mazedonischen Völkerring. Viele Unbeteiligte sind durch die Schüsse der Mordbanditen verletzt worden. Diese Tat ist eine entsetzliche Offenbarung der Unmenschlichkeit! Gerade diese Tat aber ist es, die die Solidaritätserklärung von Hitler hervorgerufen hat. Um dieser Erklärung willen wird künftighin die Partei des Herrn Hitler durch diese Tat gekennzeichnet sein!

Diese Erklärung aber hat eine weitere Bedeutung: wird auch sie ohne Folgen bleiben, wie jene frechen Aufforderungen zum Mord, die von den Rednern des Herrn Hitler ungestrahlt wiederholt werden dürfen, so wird die Erschütterung des Rechtsstaats sehr ernsthaft sein!

„Eifersuchtsstat“ — alles schon dagewesen.

Die schamlose Version des Goebbelschen „Angriff“, wonach die Ermordung des Hamburger Kommunistenführers Henning keine politische, sondern eine Eifersuchtsstat sei, ist gestern im Reichstag durch den sozialdemokratischen Redner, Genossen Soltmann, gebührend gekennzeichnet worden. Sie war nicht nur gemein, sondern auch dumm: Denn zur selben Stunde hatten die Hamburger Nationalsozialisten bereits zugegeben, daß alle drei Mörder ihren Reihen angehört und natürlich aus politischer Notwehr gehandelt hätten. Inzwischen hat die Erklärung Hitlers die dreifache Lüge des Goebbels-Blattes selbst widerlegt.

Es ist aber nicht das erste Mal, daß Rechtsradikale einen von ihren Beuten verübten politischen Mord zunächst in eine Eifersuchtsstat umzuwandeln versuchen. Als in der Nacht zum 10. Juni 1920 der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Gareis in München meuchlings erschossen wurde, verbreitete die reaktionäre Presse genau die gleiche Version: zum Mord kam also noch die moralische Leichenschändung hinzu. Damals erhielt die Presse solche Informationen von der politischen Polizei der Münchener Polizeidirektion, die unter Leitung von Dr. Fried stand. Der Mörder war, wie später nachgewiesen werden konnte, der Polizei bekannt. Er hieß Hans Schweikard und erhielt eben falschen Befehl, um ins Ausland zu entkommen — währenddessen die Münchener Polizei die Eifersuchtsversion zirkulieren ließ.

Föhner, der damalige Chef des Polizeipräsidentiums, ist längst tot, aber sein böser Geist Fried lebt noch und ist ein Führer der Nazi-Bewegung geworden: die Methoden der Mordpresse sind in diesen zehn Jahren die gleichen geblieben!

Scham vor der Vergangenheit.

Der Kurswechsel im Stahlhelm.

Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt: Die Ausführungen des preussischen Ministerpräsidenten Dr. Brauns im Hauptauschuß des Landtages: der Stahlhelm habe sich bei seiner Begründung ausdrücklich auf den Boden der republikanischen Staatsform gestellt und habe damals alle Frontsoldaten zusammenschließen wollen, sind anscheinend einem Teil der Presse außerordentlich unangenehm gewesen. Wie stets, pflegt man das, was einem nicht mehr in den Kram paßt, einfach zu leugnen. Die „Deutsche Zeitung“ versteift sich denn auch auf die Behauptung, daß sie glaube, im Namen des gesamten Stahlhelm sprechen zu können, wenn sie feststelle, daß der Stahlhelm im Gegenteil aus der heftigsten Abneigung gegen die jetzige Staatsform und gegen den republikanischen Staat heraus überhaupt begründet worden sei. Die „Deutsche Zeitung“ läßt gut daran, sich bei der Bundesleitung des Stahlhelm zu informieren, ob sie mit ihren Behauptungen um Recht ist oder der preussische Ministerpräsident! Wenn sie weiter erklärt, daß der Stahlhelm „leinswegs auf dem Boden des jetzigen Staates stehe“, so ist ihr darin für die Gegenwart allerdings vollinhaltlich verantwortlich. Der Kurswechsel jedoch ist nicht wegzuleugnen!

Hakenkreuzführer als Erpreßer.

Zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Hannover, 16. März. (Eigenbericht.)

Der Kreisführer der Nationalsozialisten vom Kreis Einbeck in Südhannover wurde vom Odtlinger Schöffengericht wegen Erpressung zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Die Kreisgröße hatte in einem Brief an eine Beamtenvereinigung, die sein überschuldetes Grundstück versteigern lassen wollte, um ihre Hypotheken zu retten, Drohungen ausgesprochen, daß er seine Parteifreunde ausbieten werde, falls man es wagen sollte, sein Heim zu versteigern, über dem das Hakenkreuz flattere. Er hatte auch davon geredet, daß die NSDAP. in fünf Monaten an der Macht sei, und daß es dann überhaupt keine Zwangsversteigerungen mehr gäbe.

Inzwischen sind die fünf Monate verstrichen, ohne daß das „Dritte Reich“ Wirklichkeit geworden wäre. Statt dessen ist die Versteigerung erfolgt und die Experte der Stadt Einbeck Eigentümerin des Grundstücks des Nazi-Führers geworden.

Schweizer Militär in China. Die chinesische Regierung beabsichtigt, in China das Militärwesen nach Schweizerischem Muster einzuführen. Gegenwärtig weilen fünf chinesische Offiziere in der Schweiz, um das schweizerische Militärwesen und besonders die militärische Ausbildung zu studieren. Ihre Abkommandierung dauert vorläufig ein Jahr.

Die Genfer Konvention.

Wird die Inkraftsetzung verschoben?

Die zum 1. April beabsichtigte Inkraftsetzung des internationalen Abkommens für die Aufrechterhaltung der bestehenden Handelsverträge, das vom Reichstag in dritter Lesung mit großer Mehrheit angenommen wurde, ist zweifelhaft.

Auf der Genfer Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes hat sich schon in der Eröffnungsitzung ergeben, daß die Inkraftsetzung der Genfer Handelskonvention vom 24. März 1930 nach wie vor großen Schwierigkeiten begegnet. Der Präsident Galtin, der in seiner Eröffnungsansprache das etwaige Scheitern der Handelskonvention als eine schwere Gefahr für die Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Staaten bezeichnete, stellte durch direkte Anfragen bei den elf Staaten, die bereits ratifiziert haben, fest, daß keiner dieser Staaten die Inkraftsetzung der Konvention für möglich hält, solange die Ratifikation anderer Staaten noch ausstehe.

Der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Pöffe, teilte mit, daß die Reichsregierung wahrscheinlich noch im Laufe der Woche die Ratifikationsurkunde hinterlegen

werde. Ueber die Bedingungen der Inkraftsetzung habe die Reichsregierung noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt, jedoch könne er schon heute erklären, daß Deutschland die Inkraftsetzung der Konvention von dem Beitritt Englands und Frankreichs abhängig macht.

Der österreichische Vertreter Bügl erklärte, daß die österreichische Regierung die Ratifikation beim Parlament erst beantragen könne, wenn die Handelsbeziehungen Österreichs mit den Nachbarstaaten, vor allem mit der Tschechoslowakei und Jugoslawien, neu geregelt seien. Der Vertreter Frankreichs, Elbel, konnte noch keine bestimmten Angaben über das Datum der Ratifizierung durch Frankreich machen; er teilte mit, daß der Senat das Abkommen angenommen habe und daß die Kammer voraussichtlich in kurzer Zeit ebenfalls ihre Zustimmung geben würde.

Die Konferenz wird jetzt zu entscheiden haben, was geschehen soll. Möglich ist die Verlängerung der Frist zur Inkraftsetzung des Abkommens zunächst bis zum 1. Juli, wofür sich Frankreich eingesetzt hat.

Severing schafft Ordnung.

Scharfe Anweisungen gegen Hakenkreuzbanditen.

Minister Severing hat auf eine sozialdemokratische Kleine Anfrage die folgende Antwort erteilt:

Die bedauerlichen Ausschreitungen in der nationalsozialistischen Versammlung vom 7. Februar d. J. in Steine, Kreis Breslau, die nach den bisherigen Feststellungen auf einen planmäßig vorbereiteten und in hinterhältiger Weise durchgeführten Überfall nationalsozialistischer Sturmtrupps auf friedliche Versammlungsmitglieder hinauslaufen, haben dem Minister Veranlassung gegeben, die zuständigen Polizeibehörden erneut mit scharfen Anweisungen zur Unterdrückung dieses Treibens der Nationalsozialisten zu versehen. Es wird geprüft werden, ob hiernach nationalsozialistische Veranstaltungen in Breslau und Umgebung nicht überhaupt von vornherein als unfriedliche Veranstaltungen angesehen und dementsprechend behandelt werden müssen. Ebenso wird die Frage erwogen werden, ob unter den gegebenen Umständen Casskraftwagentransporte radikaler Organisationen polizeilich zu beschränken sind.

In der Antwort auf die gleiche Kleine Anfrage teilt der preussische Minister des Innern mit, daß das Verfahren wegen der Vorgänge Anfang Dezember 1930 in Jäschkowitz beschleunigt durchgeführt wird.

Staatsfeinde werden überwacht.

In einer Kleinen Anfrage eines nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten war Beschwerde darüber geführt worden, daß die Regierung in Frankfurt a. d. O. die Landjägerzeit angelesen hat, die Personalangaben der örtlichen Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im dortigen Wahlkreis festzustellen und zu melden.

Der Minister des Innern hat folgende Antwort auf die Kleine Anfrage erteilt:

„Die Erhebungen des Regierungspräsidenten in Frankfurt a. O. entsprechen seiner Aufgabe, sich über die staatsfeindlichen

Organisationen in seinem Amtsbezirk unterrichtet zu halten. Sie werden von mir gebilligt.“

Der Landjägersmajor als Naziagent.

Verfahren gegen einen eidbrüchigen Beamten.

Der preussische Minister des Innern hat am 13. März gegen den Landjägersmajor Kummer von der Regierung in Köslin das förmliche Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung eingeleitet, weil der dringende Verdacht bestand, daß er sich im Sinne der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und deren Ziele werbend betätigt hat. Landjägersmajor Kummer wurde sofort vom Amte suspendiert. Die angeordnete Untersuchung ergab stark belastendes Material. Der Landjägersmajor Kummer hat sich zur nationalsozialistischen Bewegung bekannt und hat selbst zugegeben, Propaganda für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei getrieben zu haben.

Sie verleumdete noch Tote!

Anlage wegen Stresemannbeleidigung gegen einen Nationalsozialisten.

Krefeld, 16. März. (Eigenbericht.)

Wegen Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz hat die Kreisfelder Staatsanwaltschaft gegen den Führer der Kreisfelder Nationalsozialisten, Dr. Diehl, und gegen den Redakteur Thomassen öffentliche Anklage erhoben, gegen Dr. Diehl außerdem wegen Beschimpfung des Andenkens Verstorbener. Die Anklage wurde auch auf Antrag der Witwe Dr. Stresemanns erhoben. Es handelt sich um die bereits vor längerer Zeit aufgestellte Behauptung, Dr. Stresemann habe für seine Bemühungen im Haag eine Million Reichsmark erhalten.

Kapitänleutnant Landesverräter?

Kapitalistenhege gegen Reichsbanner und Sozialdemokratie.

Die „Börsezeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ ergehen sich in einer wüsten Landesverräterhege, weil ein „Reichsbannermann“, andere sagen „Hauptführer“ dieser Pazifistenbewegung, namens Kraschuhki sich in „Schmachpöolen, Landesverräterischen Erzeugnissen gegen das deutsche Volk“ ergebe. Dieser Kraschuhki, so wird behauptet, soll geschrieben haben, daß sowohl in einem Angriff, als auch Verteidigungskrieg der deutschen Reichswehr das Genie gebrochen werde vom deutschen Reichsbanner“, und soll in einer Versammlung der „Deutschen Friedensgesellschaft“ in Greifswald aufgefördert haben, „im Falle eines Angriffs- und Verteidigungskrieges sämtliche Flugzeuge der Deutschen Luft-Hansa zu zerstören, damit diese von der Reichswehr nicht zu Kampfflugzeugen umgebaut werden können“.

An diese Behauptungen knüpft das Berliner Agrarierblatt die Frage, „wie lange ein preussischer Ministerpräsident noch einer Organisation angehören will, die des Landesverrats verdächtige Leute in ihren Reihen duldet!“.

Auf diese dreifachen Angriffe stellen wir fest: Kraschuhki war zwar einmal, vor Jahren, kurze Zeit Mitglied der Reichsbanner-Ortsgruppe Jhehoe, ist aber längst aus dem Reichsbanner ausgeschieden. Mitglied der Sozialdemokratie ist er ebenfalls nicht. Tatsache aber ist, daß Kraschuhki Kapitänleutnant außer Diensten ist, also ein früherer kaiserlicher Marineoffizier. Er ist nicht durch die Schule der deutschen Arbeiterbewegung gegangen, sondern in dem Militarismus der alten, untergegangenen kaiserlichen Marine aufgewachsen. Wenn also die Behauptungen der Rechtspresse über seine Äußerungen zutreffen sollten, so trübe dafür nicht das Reichsbanner und die Sozialdemokratie irgendeine Verantwortung, denn seine politische Schulung bezog er ja aus ganz anderen Quellen.

Kaukasus als preussische Provinz.

Hugenberg wollte ihn für die deutsche Schwerindustrie annectieren.

Alfred Hugenberg kann eine Ueberräschung nur für den geworden sein, der früher keine persönlichen Erfahrungen mit ihm hat machen können... so schreibt in der neuen Wochenzeitung „Der Staat“ ein bekannter Politiker und Gelehrter:

Es war im Weltkrieg: Geheimrat Hugenberg (noch Mitglied der Kruppdirektion in Essen, aber bereits umstritten, vorher bekanntlich finanzieller Ansehungsorganisator in der Ostmark) kam häufig nach Berlin, um politische Informationen zu sammeln und politische Einflüsse zu versuchen — in der Richtung annexionsistischer Wünsche. Er

pflegte Personen, auf die er Wert legte, zu sich ins Adlon zu bitten, mit ihnen zu speisen und zu „politisieren“.

Eines Abends (1916) hatte der Unterzeichnete wieder einmal die Ehre — allein, nicht das erste, aber das letzte Mal. Und das kam so: nach Tisch holte Hugenberg einen Atlas heran, schlug die Karte auf, die das Schwarze Meer zeigte, legte den Finger auf das Kaukasusgebiet und rechnete vor, was dort alles an Erzen und Kohlen usw. vorhanden sei... Auf meine Antwort, daß mir dies aus eigener Anschauung bekannt, und auf meine Frage, wozu gerade jetzt dieses von besonderem Interesse, kam folgende Antwort (aus der erwarteten Richtung zwar, aber mit einer nicht erwarteten Bestimmtheit): der Krieg dürfe nicht zu Ende gehen, ohne daß diese Naturschätze des Kaukasus für die deutsche Industrie gesichert werden — dadurch, daß der Kaukasus eine preussische Provinz werde! Mein Hinweis auf die (von allem anderen abgesehen) unmögliche geographische Situation einer „preussischen Provinz“ am Schwarzen Meer, getrennt von Deutschland durch mehrere Balkanstaaten und durch das russische Reich, fand weder Gehör noch Verständnis. Sic volo, sic jubeo: so muß dies geschehen und werden... Meine Ablehnung hatte zur Folge, daß dies die letzte derartige Kriegszielunterhaltung zwischen uns blieb. Spätere Auseinandersetzungen auf anderen Gebieten bestätigten den immer wieder bewiesenen Mangel an jeglichem Augenmaß gegenüber der Wirklichkeit, eine Beschränktheit des Blicks, die durch ihre Verbindung mit eigenwilligen Eigenfinn noch gefährlicher wurde. Solche wiederholten Erfahrungen mußten zu dem Urteil führen, das am Tag seiner Wahl zum Parteichef ausgesprochen wurde: daß Hugenberg der Mann sei, die Deutschnationale Partei zu zerschlagen... Es ist noch raskher und noch gründlicher gegangen, als ich damals rechnete. Und das ist bedauerlich für jeden, der eine konservative Parteibildung für nützlich und notwendig hält.

Pflichtarbeit der Erwerbslosen.

Von der Danziger Rechtsmehrheit eingeführt.

Danzig, 16. März.

Der Senat hat in seiner letzten Sitzung beschloffen, von der Ermächtigung zur Einführung von Pflichtarbeit für Erwerbslose Gebrauch zu machen und hat angeordnet, in sämtlichen Gemeinden die Zahlung der Unterstützung und sonstiger Bezüge aus der Erwerbslosenfürsorge von einer Arbeitsleistung abhängig zu machen, soweit geeignete Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Die Arbeitsleistung soll bei den einzelnen Erwerbslosen nicht über vier Stunden täglich betragen.

Der deutschnationale Landtagsabgeordnete Dr. Semmler ist einem Schlaganfall erlegen. Als Nachfolger kommt Frau von Rechenberg in Frage.

Die Schuldigen.

Erklärung des Innenministers über die Dolanklagenstrawalle

Das Preussische Staatsministerium wurde in einem von der Fraktion der Deutschen Staatspartei im Landtag eingebrachten Antrag ersucht, Mitteilung zu machen über die polizeilichen Ermittlungen wegen der Straßenzwänge anlässlich der Reichstagsöffnung. In Beantwortung dieses Antrages teilt der preussische Innenminister nunmehr folgendes mit:

„Als Teilnehmer an den aus Anlaß der Reichstagsöffnung am 13. Oktober 1930 erfolgten Ausschreitungen in der Berliner Innenstadt, die auf ein planmäßiges Vorgehen nationalsozialistischer Elemente zurückzuführen sind, wurden insgesamt 103 Personen zwangsweise gestellt, unter denen sich 39 Mitglieder der NSDAP, 58 Personen, die nach ihren eigenen Angaben mit der NSDAP sympathisieren, zwei Mitglieder des Stahlhelms, ein Mitglied der Roten Hilfe und drei Mitglieder der linken Parteien befanden. Von den Tätern ist bisher ein Steinwerfer ermittelt und abgeurteilt worden. Er war Mitglied der NSDAP. Der Polizeipräsident in Berlin hat Anweisung gegeben, die Ermittlungen mit allem Nachdruck fortzusetzen. Dem Zwecke der restlosen Aufklärung dient auch die auf meine Veranlassung erfolgte Auslobung von 5000 Mk. für wichtige Mitteilungen aus der Bevölkerung. Das Staatsministerium hat alle Vorkehrungen getroffen, um eine Wiederholung solcher Ausschreitungen, die sich als Folgeerscheinung der hemmunglosen Hege der rechtsradikalen Parteien und Organisationen darstellen, zu verhindern. Es rechnet dabei auf die Unterstützung aller Bevölkerungsschichten, die nicht gewillt sind, die mühsame, ruhige und stetige Aufwärtsentwicklung Deutschlands durch unverantwortliche, eines Kulturvolkes unwürdige Ausschreitungen fördern zu lassen.“

Schwindel mit Neuanleihen.

Riesenhafter Betrug nach dem Vorbild von Sinnes.

Köln, 16. März. (Eigenbericht.)

Die Stadt Köln scheint mit anderen Städten des Westens zusammen das Opfer eines riesenhaften Finanzschwindels geworden zu sein, dessen Ausmaße bis heute und auch in der nächsten Zukunft kaum zu übersehen sein dürften.

Bei der Stadt Köln war bisher ein Oberstadtssekretär namens Froehling tätig, der aus der Militärärzterlaufbahn hervorging und beim Finanzamt der Stadt in wichtige Geschäfte finanzpolitischer Art eingeweiht war. Nach dem Kriege hatte die Stadt Köln, wie die meisten anderen Großstädte, auch noch eine Reihe alter Anleihen der Vorkriegszeit abzulösen. Es dürfte sich insgesamt um eine Summe von weit über 100 Millionen Mark gehandelt haben. Nach der Inflation kam das Auswertungs-gesetz, das die Altanleihebesitzer in der Aufwertung bevorzugt behandelt. Keineswegs wie es beim seinerzeitigen Sinnes-Prozess aufgedeckt wurde, ist der Schwindel auch in Köln betrieben worden. Es muß sich ein Konsortium gebildet haben, von dem Spuren teils nach Holland, teils nach Dresden führen, um die Städte zu pressen, indem man Anleihe-Neubesitz für Anleihe-Rückbesitz vorwies. Das Konsortium scheint geradezu nach einem geographisch genau festgelegten Plan gearbeitet zu haben, nachdem das Reich bereits einmal ausgeplündert war und für die Anleihe-Großgläubiger der Belgen nicht mehr so recht blühte.

Oberstadtssekretär Froehling ist von der Kriminalpolizei bereits vernommen worden. Als er nach seiner Vernehmung in das Gefängnis gebracht werden sollte, gelang es ihm, zu entfliehen. Man ist seiner bisher nicht wieder habhaft geworden. Auch seine Frau, die eine Ausländerin ist, ist nicht aufzufinden.

Ein fünfzehnjähriger Bandit.

Raubüberfall auf einen Chauffeur.

In der Weddingstraße im Norden Berlins wurde gestern abend auf den 14-jährigen Taxichauffeur Ewald Klotz aus der Nebuhstraße gegen 22 Uhr ein verwegener Raubüberfall verübt. Klotz war am Hauptplatz in Spandau von einem jungen Menschen zu einer Fahrt nach Berlin gemietet worden. In der Weddingstraße, einer dunklen Gasse, schob der Fahrgast die Scheibe zum Führersitz leicht beiseite und verpackte dem ohnungslosen Chauffeur mit einem Hammer 6 bis 8 wuchtige Schläge über den Hinterkopf.

Trotz erheblicher Verletzungen gelang es dem Ueberfallenen, den jungen Burshen zu übermächtigen und einer Polizeistelle zu übergeben. Der Täter wurde als ein 15-jähriger Schlosserlehrling Helmuth Lauterbach aus Magdeburg festgestellt, der seiner Mutter entlaufen war und in Berlin, wie er bei seiner Vernehmung zugab, durch Diebstähle und Raubüberfälle sein Leben fristen wollte. Zu der Ueberfallsfahrt hatte er noch versucht, einen Freund zu überreden, der es aber im letzten Augenblick vorzog, in Magdeburg zu bleiben.

In der Tasche des jugendlichen Räubers wurde noch eine schwarze Halbmaske gefunden. Der schwerverletzte Chauffeur erliegt auf der nächsten Rettungsstelle erste Hilfe.

Remarque-Film in Polen erlaubt.

Der Film „Am Besten nichts Neues“ ist in Warschau am Sonnabend und Sonntag in drei Kinos gelaufen. Alle Vorstellungen waren ausverkauft. Die Vorführung ist ruhig verlaufen. — Gleichzeitig lief der Film im deutschen Reichenberg in Böhmen. Zu Störungen ist es auch dort nicht gekommen.

Jean Jaurès Witwe, die in Paris gestorben ist, wurde nach ihrer Heimt Albi übergeführt. Sozialistische Abgeordnete erwiesen auf dem Bahnhof der Leiche die letzte Ehre.

Eine Schweizer Volksabstimmung hat die Vorlage über eine Erhöhung der Wähler für die Wahlen des Nationalrats von 20 000 auf 22 000 mit 263 630 gegen 252 352 Stimmen angenommen und die Vorlage auf Verlängerung der Amtsdauer des Nationalrats, des Bundesrats und des Bundeskanzlers mit 294 886 gegen 255 904. In Basel wurde die Einführung der kantonalen Altersversicherung, die die Kommunisten bekämpft hatten, mit überwältigender Mehrheit beschlossen.

Schachkanzler Philip Snowden wurde am Montag an der Blase operiert und soll den Eingriff gut überstanden haben.

Das Unterhaus beschloß mit 178 gegen 168 Stimmen die Aufhebung der Mandate der Unteroffiziere.

677 Millionen amerikanische Telephontrast-Gewinne. Der Reingewinn des amerikanischen Telephon- und Telegraphentrasts (American Telephone and Telegraph Co.) ist trotz der Krise im Jahre 1930 nur um einen ganz geringfügigen Betrag hinter dem Rekordgewinn des Jahres 1929 zurückgeblieben. Die Gewinne der letzten Jahre veranschaulichen den ununterbrochenen Geschäftsaufschwung des Konzerns: von 128,6 Millionen Dollar 1927 stieg er auf 166,2 Millionen Dollar 1929. Das Jahr 1930 brachte einen Rückgang auf 165,5 Millionen Dollar. Dieser Gewinn entspricht etwa 677 Millionen Mark.

Ablenkungs-Methode



Goebbels: „Mordtat gegen den Regierungsrat Lassally in Hamburg, Mordtat gegen den Abgeordneten Henning, — es wird Zeit, daß ich mir wieder eine Schachtel Knallfrösche zusenden lasse!“

Die Mordpest vor dem Reichstag.

Stürmischer Sitzungschluß nach sachlicher Sozialpolitik.

Der Reichstag beschloß am Beginn seiner gestrigen Monitagsitzung, am Ende der Tagesordnung den sozialdemokratischen Antrag zu beraten, der die Reichsregierung auffordert, einen Gesetzentwurf zur wirksameren Bekämpfung der Aufforderung zum politischen Mord und zur strengeren Durchführung des Waffenverbotes vorzulegen. Damit werden kommunistische Anträge verbunden, das Verbot des Roten Frontkämpfer-Bundes und alle Demonstrationsverbote aufzuheben.

Diese letzteren Anträge hatte der Kommunist Nagel mit politischen Ausführungen zu empfehlen versucht, in denen er die Hamburger Mordtat auf das Rotenverbot zurückführte. Er verlangte sofortige Beratung der Anträge, sein Fraktionsführer Loggier lenkte aber ein und erklärte sich damit einverstanden, daß sie an den Schluß der Tagesordnung gestellt werden.

In der darauf fortgesetzten zweiten Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums verlegte Abg. Bamberg (Volksst.) die deutsche Arbeitslosigkeit mit der britischen, um daraus zu schließen, daß unsere Arbeitslosigkeit wieder auf die deutsche Sozial- und Tarifpolitik, noch auf mangelnden Arbeitswillen zurückzuführen sei. Die Ursache ist vielmehr die große Verzerrung des deutschen Volkes, die ihm nicht erlaubt, genug zu kaufen. Die hohen Arbeitslosen sind zu einem dringlichen Problem der deutschen Sozialpolitik geworden.

Abg. Dill (Soz.)

Er spricht über die bayerische Metallarbeiterausperrung und verliert unter den Entrüstungsrufen der Linken die Forderungen der Unternehmer. Alle sozialpolitischen Errungenschaften des gewerkschaftlichen Kampfes wollen diese Unternehmer beseitigen. Manche der Unternehmervertreter haben bewiesen, daß sie mehr von politischen als von wirtschaftlichen Gründen bestimmt werden; sie haben die Verhandlungen vor dem Einigungsamt in Nürnberg auf das Niveau einer hakenkreuzerlichen Rabauerversammlung herabgedrückt. Der Unternehmervertreter Winterl von der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg sagte da, zum Gewerkschaftssekretär gehöre weiter nichts, als ein Parteimitgliedsbuch, und man werde uns noch beten lehren. (Hört, hört! links.)

Dabei weiß die Allgemeinheit, wie in dieser schweren Zeit so manche Wirtschaftsführer verlegt haben. Hätten sich Gewerkschaftssekretäre ebenso unfähig erwiesen, so wären sie längst von den Mitgliedern davongejagt.

Diese Unternehmervertreter handeln nach dem Rezept Hitlers, nämlich zuerst die Vertrauensmänner der Arbeiterchaft um Ansehen und Einfluß zu bringen und dann die Arbeiterchaft unter die Herrschaft einer besseren Rasse zu stellen. In ihren Blättern aber lassen diese Leute die Berserkerei des Volkes auf den Marxismus zurückzuführen! (Sehr wahr! links.)

Unwahr ist die Behauptung, daß die bayerischen Metallarbeiterlöhne höher wären, als in anderen Ländern. Hochqualifizierte Arbeiter mit gewissen Anforderungen an ihre Intelligenz und Verantwortungsbefähigung bekommen vor der 6-prozentigen Lohnkürzung in der Stunde 86 1/2 Pfennig; selbst die hochqualifizierten Arbeiter kamen nicht über 92 1/2 Pfennig hinaus. Aber

nicht die Behebung der Wirtschaftsnof, sondern — wie der Direktor Schulz eingestanden hat — Kampf bis aufs Messer, ist die Parole der Unternehmer.

So manche von ihnen haben in der schwersten Inflation 1923 Herrn Hitler Golddollars gegeben zu seinen Unternehmungen. Den Glauben an die Wirtschaftsführer haben die Arbeiter längst verloren. Herr Arbeitsminister, sorgen Sie rasch und energisch dafür, daß die Arbeiter nicht auch den Glauben an eine objektive Staatsgewalt vollends verlieren müssen! (Beifall der Soz.)

Abg. Fahrenbrach (Z.) wendet sich gegen die Angriffe auf die Sozialpolitik, gibt aber auch den Arbeitern den Rat, nicht Hoffmaterial zu denken, sondern das Wohl der Gesamtwirtschaft im Auge zu behalten.

Abg. Janschek (Soz.):

Wenn es auch richtig ist, daß bei der Kohle ein Preisabbau der Lohnsenkung vorausgegangen ist, so war das Risiko der Unternehmer nicht groß, denn der Lohnabbau war ihnen bereits zugesichert. Der Lohnanteil am Preis des Produktes war aber vorher schon bis zu dem Betrag von mehr als 1 Mark pro Tonne verringert worden, so daß gar keine Berechtigung zu einem weiteren Lohnabbau bestand. Die Verringerung des Lohnanteils ist die Folge der gewaltig erhöhten Leistungen der Arbeiter. Heute bringen zwei Mann dasselbe Quantum Kohle heraus, wie 1918 drei Mann. Dem Braunkohlenbergbau ist die Steigerung noch größer. Eine Verrückung der Arbeitszeit ist daher vollaus gerechtfertigt. Aber die Unternehmer wollen davon nichts wissen. Doch sind gesunde Zustände sonst nicht zu schaffen. Die Arbeitszeit im Bergbau ist viel zu lang.

Die technischen Fortschritte werden ohne Verkürzung der Arbeitszeit zu einem Fluch für die Arbeiterchaft.

Die Zahl der im Bergbau Beschäftigten ist dauernd bis auf 600 000 gesunken, der Stillstand aber noch nicht eingetreten. Dadurch gehen ebenso viel Beitragszahler der Knappschaft verloren, die man mit starken Beitragserhöhungen und Rentenkürzungen den Ausgleich gesucht hat. Die Bergarbeiter zahlen schon um 6 Prozent mehr Pensionsbeiträge als die anderen Arbeiter. Durch Rentenkürzungen hat die Knappschaft 15 Millionen eripart. Jede weitere Pensionskürzung, die übrigens eine Verletzung wohlverdienter Rechte der Bergarbeiter ist, muß die Wohlfahrtslasten der Gemeinden steigern. Verschiedene Bürgermeister haben bereits die Einstellung der Wohlfahrtszahlungen angeündigt, da die Gemeinden dazu nicht mehr imstande seien. Wir haben beantragt, bis 80 Millionen der Industrieabgabe zugunsten der Landwirtschaft der Knappschaft zuzuwenden; die Not der Bergleute ist wahrlich nicht geringer, als die der Landwirtschaft.

Die internationale Verständigung über die Arbeitszeit im Bergbau muß rascher und entschiedener betrieben werden. Es ist erfreulich, daß auch Dr. Bauns diese Existenznotwendigkeit für den Bergbau anerkannt hat.

Die Reichsregierung ersuchen wir, dafür zu sorgen, daß jeder Gewerkschaft eine weitere Kürzung der Bergarbeiterversicherung verschwendet; sie hat nicht mehr viel Vertrauen bei den Bergarbeitern zu verlieren. (Beif. Beifall der Soz.)

Abg. Frau Köcher (Komm.) teilt die viel zu niedrigen Sätze der Wohlfahrtsunterstützung, besonders auch in Thüringen. Der Reichsminister Fried, nach dessen Meinung jede Arbeiterfrau 8 Kinder haben soll, bewilligt den Erwerbslosen pro Kind täglich nur 5 Pfennige.

Abg. Karsten (Soz.)

Ist es ab, auf Anträge der Vorrednerin gegen die Sozialdemokratie einzugehen und antwortet den dauernd dazwischenrufenden Kommunisten, daß die Sozialdemokratische Partei alles anbiete, um die Sozialversicherung auch in der Krise aufrechtzuerhalten. Den Kommunisten geht es nicht um die Sozialversicherung, sondern nur darum, die Sozialdemokratie als Partei der Arbeiterchaft zu betämpfen. In einer Zeit besserer Konjunktur werden wir alles tun, um die Sozialversicherung wieder mehr auszubauen. Auch

die Unternehmer haben erhebliche Vorteile von der Sozialversicherung, lassen aber jetzt auf die Lohnlosen Ausfälle gegen die Sozialversicherung drücken, um die Arbeiterchaft zu vernichten.

Würden die Wünsche der Unternehmer erfüllt, so müßte die jetzige durchschnittliche Invalidenrente von 34 Mark im Monat noch reduziert werden, was wiederum die Wohlfahrtslasten der Gemeinden steigern würde. Bei der zweiten Rotenrechnung haben wir erhebliche Verbesserungen erreicht, so daß ein Teil der versicherten Kriegsbeschädigten, Sozialrentner und Erwerbslosen von der Gebühr für Krankenkasse und Arznei befreit worden ist. Wir verlangen, daß diese Gebührentreue auch auf die Familienangehörigen erstreckt wird, wie das der Haushaltsausgleich auf unseren Antrag beschloß hat. Eine Ungerechtigkeit ist es auch, daß ohne Entgelt beschäftigte Lehrlinge diese Gebühr bezahlen müssen, während die anderen Lehrlinge davon befreit sind. In der Invalidenversicherung kann noch immer derjenige, der Jahre oder Jahrzehnte seinem Beitrag gezahlt hat, durch ein einziges Verbummeln um den Ertrag seiner Beitragsleistung gebracht werden. Es ist

ein unwürdiger Zustand, daß in solchen Fällen Abhilfe nur dadurch geschaffen werden konnte, daß auf unseren Antrag der Reichstag die Regierung ersuchte, die Landesversicherungsanstalt zum Entgegenkommen zu bestimmen.

In der Unfallversicherung sind noch eine ganze Reihe Berufskrankheiten in der betreffenden Verordnung nicht enthalten, so die Staublungenkrankheit der keramischen Industrie, der Granitbergbau, die Senggefäßarbeit und Hautkrankheiten, die durch die Arbeit mit Öl, Terpentin, dem Sprühverfahren usw. entstehen. Diese Leute kann man doch nicht unversichert lassen. Die Verwaltungsreform ist bisher immer nur angeündigt worden.

Noch immer haben die Landesregierungen das Recht, Direktoren und sonstige höhere Beamte der Landesversicherungsanstalten auf Kosten der Versicherten zu pensionieren.

(Hört! hört! links.) Wir werden trotz aller Schimpereien der Kommunisten uns bemühen, jeden weiteren Abbau der Sozialversicherung zu verhindern und sobald die Möglichkeit zum Ausbau gegeben ist, ihn zu bewerkstelligen.

Abg. Bernhard (Soz.)

polamisiert gegen Ausführungen des Wirtschaftspartiteilers Hermann: Wenn die Lehrlinge zum Objekt des Arbeitskampfes ge-

macht worden sind, so ist das die Schuld solcher Handwerksmeister, die den Lehrling ausnutzen und ihn sofort nach Beendigung der Lehrzeit auf die Straße werfen. Die Gewerkschaften lehnen ein Zusammenwirken mit den Innungen und Handwerkskammern nicht ab, verlangen aber, daß der Lehrling nicht zum Ausbeutungsobjekt gemacht wird. Die Gewerkschaften haben selbst ein Interesse an der Heranbildung eines tüchtigen Nachwuchses. Das Baugewerbe leidet ganz besonders unter der Krise.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauwerksbund ist von 29 Prozent im Durchschnitt von 1929 auf 47,6 Prozent in 1930 gestiegen.

(Hört! hört!) Mit dem Nebengewerbe, wie Transportgewerbe usw., leben 10 Millionen Menschen von der Bauindustrie. Der Ausfall an Aufträgen 1930 gegenüber 1929 beträgt rund 1 Milliarden Mark, die Arbeitslosigkeit umfaßt 60 Prozent. Dabei ist der Wohnungsbau dringend, die Wohnungsnot ist noch immer sehr groß. Etwa 700 000 Familien sind ohne eigene Wohnung.

Nur gesunde Wohnungen können die Arbeitskraft erhalten; wir müssen die Arbeiter aus den Kellerhöhlen herausbringen. Das ist eine volkswirtschaftlich wertvolle Tat.

An Baufaktoren fehlt es nicht, aber an Kapital. Die Banken haben gute Geschäfte gemacht. Wenn jetzt viele Wohnungen leer stehen, so ist daran nicht der Mangel an Mietern, sondern der hohe Mietzins schuld. Rechnung man die Herstellung einer Neubauwohnung mit 7000 Mark, so beträgt bei der Finanzierung mit Hauszinssteuermitteln der Zins 393 Mark, ohne diese Mittel 651 Mark. Allein mit privaten Mitteln kann also nicht gebaut werden.

Die Kapitalisten verdrängen ihr Geld. Wohin wären wir gekommen, wenn der Staat nicht in die Wohnungswirtschaft eingegriffen hätte?

Eine freie Wohnungswirtschaft, wie sie war, darf niemals wiederkehren. Das A und O des Wohnungsbaus ist die Finanzfrage; die Wohnungsatzsetzung ist heute viel besser, man kann den Mietzins nicht ohne weiteres mit dem von 1914 vergleichen. Wir setzen unsere Hoffnung auf den Reichsarbeitsminister. Die Bauarbeiterlöhne dürfen allerdings nicht noch weiter herabgesetzt werden, wenn die Arbeiter überhaupt noch weiterleben sollen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß

der Abbau der Bauarbeiterlöhne nicht zur Verbesserung der Baukonjunktur und zur Aufhebung der Wirtschaft geführt

hat. Man darf nicht bloß die Stundenlöhne ansehen, sondern muß den Jahresdurchschnittslohn berechnen, und dann ist die Statistik des Herrn Strebe falsch. Der Arbeitsminister muß dafür sorgen, daß die Baukosten und namentlich die Preisgestaltung der Baustoffe richtig bemessen werden. Denn darin liegt vor allem die Verteuerung des Wohnungsbaus. (Lebhafte Beifall der Soz.)

Abg. Tiefen (Komm.) bekämpft die freien und die christlichen Bergarbeiterverbände wegen ihrer Haltung zum Lohnabbau und behauptet, daß 40 Mann Schloßenträger durch 48 Stunden Streik unter Führung der R.D. Lohnherabsetzung erlitten hätten. Die sozialdemokratischen und Zentrumshäupter beschuldigt er, einen neuen Generalangriff der Adwessgruppe fortzusetzen.

Abg. Trofmann (Bayern-Op.) hofft auf Friedensschluß im bayerischen Metallkonflikt und verbreitet sich über Wohnungsbau und Siedlungswesen. Bei der Zusammenfassung von Hauszinssteuerhypotheken darf man die Wohnungsgröße nicht zu schmalhalsig beurteilen. Den Kinderreichen müssen ausreichende Wohnungen beschafft werden. Unter den jetzigen Wohnungsgeleihen wird sich das Privatkapital kaum am Wohnungsbau beteiligen.

Abg. Bieffer (Soz.):

Den Ball von Leibern im Osten kann man bei der Größe des Gebietes und der Beschränktheit der Mittel nicht durch Bauerntfaltung allein herstellen; im Osten sind aber Millionen von Landarbeitern, die gern dortbleiben und nicht abwandern würden, wenn sie ausreichende und gut bezahlte Arbeit bei zufriedenstellenden Wohnungsverhältnissen hätten. Die Regierung hat in den letzten Jahren viel getan, aber noch immer arbeiten Siedlungs- und Wohnungsfürsorgegesellschaften gegeneinander. Ein Einheitsplan muß aufgestellt werden. So geht es auch nicht, daß man Landarbeiter ansiedelt, nachher aber das Gut parzelliert und die Landarbeiter dann in ihren guten Wohnungen doch ohne Erwerb dastehen. Die hier beschlossenen Richtlinien werden von den Siedlungs- und Wohnungsfürsorgegesellschaften noch immer nicht beachtet.

Die wichtigste Voraussetzung ist vermehrte Arbeitslosigkeit, denn sonst führt die Siedlung nur zu vermehrten Soziallasten.

Durch verzögerte Auslieferung der hohen Zwischenkredite wird verhindert, daß der Siedler das Rohmaterial und seine Verantwortung nicht kennt. Die Siedlung darf auch nicht zur Versorgung für verkehrte Güterbesitzer werden. Nicht darauf kommt es an, daß — wie Herr von Bahl sagt — angemessene Preise für das Land bezahlt werden, sondern daß der Siedler schnell und ordentlich mit gutem Land versehen wird. — Beim Ostfeldgesetz werden wir uns die Siedlungsbestimmungen sehr genau ansehen.

Nötigenfalls darf man auch vor einer Sperre nicht zurückweichen, wenn die Siedlungsstellen der Regierung offen Schwierigkeiten bereiten.

Die Gruppenfiedlungen müssen einfach und zweckmäßig ohne Luxus sein, nicht die Siedlungsgelegenheit, sondern der Siedler ist in den Mittelpunkt zu stellen. Versuche mit Genossenschafts- und Pachtfiedlungen sollten gemacht werden. Verwerflich ist es auch, wenn man vom Siedler verlangt, daß er das nötige Geld mitbringen solle. Maßgebend muß in erster Reihe die siedlerische Qualität sein. Die

Siedlung soll dem selbstwirtschaftlichen Bauernstand und einer selbstbemühten, gut bezahlten und auf hoher Stufe stehenden Landarbeiterschaft heimisch sein. Dann wird sie zum Nutzen des ganzen Reiches ausschlagen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Winnefeld (D. Sp.) bespricht die Sanierung der Knappschicht. Ein Zuschlag zu den Kohlenpreisen kann dafür nicht in Frage kommen. — Der Halenkreuzer Börgel hat hier den Bergwerksdirektor Kesten zu unrecht angegriffen. Der Onkel und frühere Vormund des Abg. Börgel hat zwei Tage vor dieser Reichstagsrede die Behauptungen seines Neffen brieflich als „schmutzigen Angriff“ gekennzeichnet. (Hört! hört!)

Abg. Lemmer (Staatsp.) verlangt, daß endlich auch die deutsche Sprache offiziell beim Genfer Arbeitsamt zugelassen werde. Die gesunde Idee der Arbeitsgemeinschaft wird durch den Generalangriff der Unternehmer gegen die Sozialpolitik und die Löhne gefährdet.

das Genfer Handelsabkommen in dritter Lesung erledigt.

Zum Wort ist allein Abg. Graf Westarp (Konf. Sp.) gemeldet, aber nicht anwesend. — Zur Abstimmung appelliert

Abg. Hemeler (Landvolk) an die nicht landwirtschaftsgegenständlichen Parteien, das Abkommen zu verwerfen.

Abg. Frau Sender (Soz.)

weist es auf das allerentschiedenste zurück, wenn der Redner etwa die Sozialdemokratische Partei als Landwirtschaftsgegner habe bezeichnen wollen. Keiner von uns, fährt die Rednerin fort, ist gewöhnt worden, um die Interessen einer einzelnen Volksschicht oder eines einzelnen Berufsstandes zu vertreten, sondern wir alle sind da, um die Interessen des ganzen Volkes wahrzunehmen.

Abg. Graf Westarp (Konf. Sp.) gibt eine ablehnende Erklärung ab, geht jedoch auf die Sache ein und versucht, die veräümlte Rede nachzuholen.

Abg. Schneider-Dresden (Sp.) erklärt, die Zustimmung seiner Freunde zum Abkommen bedeute nicht die Billigung der deutschen Regierungserklärung in Genf.

Das Abkommen wird in namentlicher Abstimmung mit 231 gegen 106 Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen, angenommen. Dafür haben gestimmt die Sozialdemokraten, Kommunisten, die Staatspartei, ein Teil des Zentrums und ein Teil der Deutschen Volkspartei.

Es folgt dann die Beratung des nachträglich auf die Tagesordnung gesetzten Antrags Dr. Breitscheid (Soz.).

Er lautet: „Der Reichstag spricht seinen Abscheu gegen die politische Mordhege aus, die immer wieder zu politischen Mordtaten führt. Die Reichsregierung wird ersucht, im Einvernehmen mit den Regierungen der Länder unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Möglichkeit bietet, die Aufforderung zum politischen Mord wirksamer zu bekämpfen und schärfere Bestimmungen über den Handel mit Waffen und mit Munition bringt.“

Verbunden mit der Beratung ist der kommunistische Antrag auf Aufhebung des Verbots des Rotfrontkämpferbundes.

Abg. Solmann (Soz.):

In keinem Land der Welt sind politische Mordtaten so häufig wie in Deutschland. Was sich abspielt, ist eine Schmach für die deutsche Kultur. (Erregte Zurufe bei den Kommunisten.) Wir beklagen alle Opfer, wie verurteilen alle Täter, gleich, welcher Partei sie angehören. In den letzten Tagen haben die politischen Morde einen Gipfelpunkt erreicht. In Hamburg wurde ein sozialdemokratischer Polizeibeamter im Dienst von Nationalsozialisten niedergeschossen. In Hamburg wurde ein kommunistischer Abgeordneter von Nationalsozialisten ermordet. (Dauernde härmliche Unterbrechungen durch die Kommunisten.) Ihre Verbrechen werden auf die deutschen Arbeiter, die erwarten, daß die Front gegen die politischen Mörder gerichtet wird, einen schlechten Eindruck machen! (Zustimmung.)

Das alles hat mit Politik nichts zu tun. Das ist die Beklaffität von Verbrechern oder Betrügern.

(Beifall bei der Soz.) — Dauernde Unterbrechungen durch die Kommunisten, die immer wieder „Wutbunde“, „Roste“, „Severing“, „Fregelbel“ usw. rufen. Diese Unterbrechungen und Beschimpfungen sehen sich während der ganzen Rede fast hinter jedem Satz fort. Das Blatt des Herrn Reichstagsabgeordneten z. D. (Heißerkeit) Dr. Goebbels bringt einen „Bericht“ über die Hamburger Mordtaten unter der Überschrift „Eine Eiferjuchst“. Dieser Bericht, die Verantwortung der Nationalsozialisten zu leugnen, wird durch eine parteiamliche Erklärung des Gaues Hamburg der R.D.A.P. widerlegt. Diese erklärt, daß die Täter Mitglieder der Partei sind und erst nach dem Mord ausgeschlossen wurden. Dieselbe Erklärung spricht von einer Tat politischer Vorkriegszeit, gibt also selbst durch diese Lüge den politischen Charakter des Verbrechens an. Die Widersprüche zeigen die Verlegenheit der Nationalsozialisten. Tatsache ist, daß

durch die Hamburger Mordtaten für jedermann sichtbar die blutige Mördertrage des internationalen Faschismus einschlägt

worden ist. (Händeklatschen bei den Soz.) Diese Mordtaten sind nicht der Not entsprungen. Die wirklich notleidenden Schichten in Deutschland halten eine bewundernswerte Disziplin, die (zu den Kommunisten) manchen Führern ein Vorbild sein könnte. Schuldig sind alle, die politische Ziele nur mit Gewalt, nur durch den Bürger-

krieg zu erreichen suchen. Schuldig sind alle, die dem politischen Gegner als böswilligen und ehrlosen Menschen beschimpfen.

Schuldig sind alle, die die Freiheit der Demokratie durch ihre Unruhe und Rohheit gefährden.

(Toben der Kommunisten.) Schuldig sind alle, die den Terror als politisches Kampfmittel organisieren. Kein Mord und keine Morddrohung wird uns Sozialdemokraten hindern, frei unserer Überzeugung zu leben und Politik nur nach unserer Einsicht zu betreiben.

Wir verabscheuen den Terror, aber wir haben vor den Terroristen keine Furcht. (Lebhafte Zustimmung der Soz.) Wir werden Banditen und Totschläger aus dem politischen Leben zu entfernen wissen.

Wir ist bekannt, daß an der deutsch-belgischen Grenze ein lebhafter Schmuggel mit Schusswaffen nach Deutschland betrieben wird. (Hört, hört!) Auch in Mitteldeutschland gibt es starken Schleichhandel mit Revolvern. (Hört, hört!) Die Staatsgewalt muß ihre Wachsamkeit und ihre Energie verdoppeln. Den kommunistischen Antrag lehnen wir ab. In einer so gespannten Situation ist die Aufhebung von Verbotsorganen erst für staatsfeindliche Organisationen nicht zu verantworten. Wir wollen keine Gesetzgebung ad irato, sondern gewissenhafte und besonnene Prüfung.

Den politischen Mordern und intellektuellen Hebern muß das Handwerk gelegt werden. Der Reichstag muß zeigen, daß er die Freiheit jeder politischen Überzeugung gegen den Terror zu schützen entschlossen ist. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen der Sozialdemokraten.)

Ein kommunistischer Schimpfreford.

Abg. Lohagen (Komm.) behauptet, daß die Mordschaffisten von — sozialdemokratischen Polizeipräsidenten gefördert und bewaffnet werden. Die Arbeiter werden sich nicht mehr niederzulegen lassen, sie werden antworten. Die erschossenen Kommunisten sind die schärfste Anklage gegen die Regierung Brüning und den Minister Dr. Wirth, dessen Kampf gegen den „Kultur Bolschewismus“ legaler Arbeitermord ist (Händeklatschen bei den Kommunisten. — Ordnungsruf) und brutale Massenjustiz. (Ein Kommunist wird wegen des Rufes „Mörderregierung“ zur Ordnung gerufen.) Der Redner nennt Roste, Scheidemann, Severing, Fregelbel, Höring u. a. m. Väter des Faschismus. (Der Kommunist Heckerl bezeichnet ergänzend diese Persönlichkeiten als Mörder und wird zur Ordnung gerufen, ebenso mehrere seiner Genossen.) Dem Innenminister Dr. Wirth sagt Lohagen nach, „seine Worte“ gesprochen zu haben, die auf dem Grund „einer bürgerlichen Unkultur“ erwachsen seien. In ebensolcher Art beschimpft er weiter die Sozialdemokraten. Severing habe den Rotfrontkämpferbund verboten, weil dieser gegen Versailles und Reparation gekämpft habe; die „sozialdemokratischen Henker“ arbeiteten mit den Hilters zusammen usw. Als der Redner schließlich den Hamburger Polizeipräsidenten Schönfelder sowie Orzeszinski und Severing als Innungsmeister des schiffschiffischen Bluthandwerks bezeichnet,

entlehnt Vizepräsident Effer darauf dem Redner das Wort.

Dieser spricht auf Zuruf seiner Fraktion weiter, trotz mehrfacher Aufforderungen des Präsidenten, abzutreten. — Vizepräsident Effer verläßt schließlich seinen Platz, womit die Sitzung unterbrochen ist. — Lohagen redet weiter, am Schluß klingen die Kommunisten die Internationalen und rufen dreimal „Rotfront“ mit entsprechenden Händebewegungen.

Nach mehr als viertelstündiger Unterbrechung eröffnet Vizepräsident Effer die Sitzung wieder und verkündet, daß

Abg. Lohagen wegen fortgesetzter Widersetzlichkeit gegen Anordnungen des Präsidenten auf 30 Tage der laufenden Sitzungsreihe ausgeschlossen ist.

(Zurufe und Börm der Kommunisten.) Allen weiteren Störungen von Ihrer Seite (zu den Kommunisten) werde ich mit allen geschäftsmäßigen Mitteln entgegenzutreten.

Abg. Henes (Christl.) erinnert daran, daß im vorigen Jahr 300 Menschen in Deutschland durch derartige Mordtaten ihr Leben verloren haben; er appelliert an das Volk, sich gegen diese Mordseuche zusammenzuschließen.

Abg. Gelske (Komm.): Nach dem Rathenau-Mord rief Dr. Wirth: „Der Feind steht rechts!“ Das Republikuhngesetz wurde erlassen. Durch die Art seiner Anwendung wurde die Bahn frei gemacht für die Mordbanden Hilters. — Das Vorhandensein von Nazis in der Polizei nennt Gelske einen Beweis der Faschistenhilfe sozialdemokratischer Polizeipräsidenten; er erwähnt nicht, daß diese Polizeipräsidenten gegen die Polizeinazis vorgehen und Regierungsrat Lohagen-Hamburg dabei niedergeschossen worden ist. Den sozialdemokratischen Antrag nennt er eine Heuchelei zur Verstärkung vom Panzerkreuzer, zur — Förderung des Faschismus und zur — Anekdote des Befreiungskampfes!

Abg. Döbrich (Landvolk): Die bestehenden Gesetze genügen, wenn sie rücksichtslos gegen jeden Zuwiderhandelnden angewendet werden. Sondergesetze brauchen wir nicht.

Der sozialdemokratische Antrag wird angenommen, der kommunistische abgelehnt.

Gegen 10 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf heute, Dienstag, 12 Uhr: Haushalle des Arbeitsministeriums und des Auswärtigen Amtes, keine Vorlagen.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Text: Dr. Curt Geper; Wirtschaft: G. Ringelshier; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Anzeigen: Dr. John Schlemmer; Lokales und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: H. Glöck; Umkle in Berlin. Verlag: Bornstraße-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Bornstraße-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Bismarckstraße 2, Stern 3 Seiten.

WERTHEIM

Billige

Lebensmittel

Soweit Vorrat!

Zusendung von 5 M an. Obst, Gemüse u. leicht verderbliche Artikel werden nicht zugesandt

Gänse gefroren, Pfd.
75 Pl. 88 Pl.

Wolghühner
gefroren,
Pfund von an **90 Pl.**

Suppenhühner
Pfd. von an **98 Pl.**

Frische Eier
10 Stück
von an **78 Pl.**

Dorsch
Pfund von an **10 Pl.**

Frisch. Fleisch

Schweinerücken und Bauch **0.78**
Schweineschink. und Kamm **0.86**
Pökelkamm . . . Pfund **0.98**
Pökelrippchen . . Pfund **0.80**
Rückenfett braisfertig Pfund **0.64**
Gehacktes . . . Pfund **0.75**
Gulasch **0.90** Liesen **0.64**
Hammel-Vorderl. **0.94**
Querrippe . . . Pfund **0.70**
Rinderkamm u. Brust Pfund **0.82**
Kalbskamm . . . Pfund **0.68**
Fr. Bratwurst Spezialität Pfund **1.10**
Nierentalg ausgeblasen 3 Pfund **1.75**
Rinderleber gefroren, Pfd. **1.18**

Obst u. Gemüse

Amerik. Äpfel Pfd. **0.38 0.48**
Kaliforn. Birnen Pfund **0.48**
Zitronen Dutzend **0.32**
Apfelsinen Dyd. **0.55 0.75**
Bananen 2 Pfund **0.78**
Möhren gewaschen, Pfd. **0.06**
Weißkohl Pfund **0.08**
Schwarzwurzel Pfd. **0.24**
Blumenkohl Kopf v. an **0.26**
Räucherwaren
Bücklinge Pfund von an **0.26**
Sprossen Pfd. an **0.38** Kistch. **0.38**
Fludern große, Pfd. v. an **0.45**

Wurstwaren

Dampfwurst u. Fleischw. **0.88**
Landleberwurst Pfund **0.88**
Bockwurst u. Wiener Pfund **1.08**
Leberwurst (Hausmacher) u. Mehlwurst **1.10**
Käse u. Fett
Camembert vollf., 4 teilig Schachtel, 6 Stk. od. Spitzlinge Kistchen **0.25**
Harzerkäse vollf. **0.48**
Limburger vollf. **0.46** vollf. **0.84**
Tilsiter vollfett, Pfd. von an **0.88**
Holländer v. Edamer, vollfett, Pfund **0.90**
Margarine Pfund **0.40**
Kokosfett 1-Pfund-Tafel **0.40**
Tafelbutter Pfund **1.58 1.68**

Leberwurst

Leberwurst feine u. Piletwurst **1.40**
Speck fett v. an **0.80** mager **1.06**
Schinkenspeck L-Stücken Pfund **1.48**
Gek. Schinken geschmitt. 1/2 Pfund **0.45**
Konserven 1/2 Dose
Schnittbohnen **0.35 0.46**
Bredbohnen **0.48**
Spinat **0.39** Kohlrabi **0.33**
Junge Erbsen **0.54**
Haushalt-Gemüse . . **0.60**
Sensgurken **0.72**
Apfelmus **0.65**
Pflaumen-Konfit. 1/2 E. **0.90**

Seelachs

ohn. Kopf, ganze Fische, Pfd. v. an **16 Pl.**
Kabeljau gr. Fische u. Schellfisch Pfund von an **20 Pl.**
Fischfilet **28 Pl.** Pfund von an
Grüne Heringe **38 Pl.** Pfund von an
Bratschollen **58 Pl.** Pfund von an

Beamter und neuer Staat.

Ein Vortrag des Polizeipräsidenten Grzesinski.

In den überfüllten Kammerjalen sprach gestern Polizeipräsident Genosse Grzesinski vor der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Polizeibeamter.

Der Polizeipräsident legte dar: Wenn wir für den sozialdemokratischen Beamten die Frage stellen: Wo bleibt der zweite Mann?, so müssen wir uns gleichzeitig die Frage vorlegen: Wohnt sich die Demokratie für die unteren und mittleren Volksschichten? Ihre Gegner bestreiten dies und wollen eine geistig und materiell besonders ausgestattete Stelle, von der aus alles geleitet wird. Diese innere Unselbständigkeit verbirgt sich hinter einem übertriebenen äußerlichen Selbstbewußtsein. Dem müssen wir mit der Waffe der Erkenntnis entgegenreten, wobei wir nicht verkennen, daß

der neue Staat zu seiner Propagierung manches verdammt hat und die Gegner allzusehr scholten und wolkten ließ. (Zurufe: Sehr richtig! Belcher!) Für die arbeitenden Schichten hat sich in ideeller und materieller Hinsicht gegenüber der Vorkriegszeit nahezu alles geändert, und das trifft auch für den Beamten zu. Der Mensch wird grundsätzlich anders gewertet. Und die gehobenen Rechte wurden geschaffen und werden ehedem gefühlt nur von den demokratischen Parteien und vorzüglich von der Sozialdemokratie.

Wenn der Gegner heute vom „Polizeinüppel“ spricht, so müge er nicht vergessen, daß unsere im Gegensatz zu Nationalsozialisten und Kommunisten durchaus gesetzmäßige Agitation vor dem Kriege durch Polizeischritte und Kaderpolitik wirksamer gesteuert wurde als dies auch ein rigoros angelegener Polizeinüppel vermöchte. Der soziale Aufwand kennzeichnet den Unterschied zwischen altem und neuem Staat. Die Ziffer von 1,7 Millionen Wohnungen, die im neuen Staat von 1924 bis 1929 errichtet wurden, der Rück-

gang der Säuglingssterblichkeit und der Tuberkulose trotz schwerster wirtschaftlicher Not sprechen eine berechtigte Sprache. Neugierig hat der Beamte vielleicht vorlesen: Er war vor dem Kriege nächst dem Militär der erste Mann im Staate. Als Gewerkschaftssekretär war es mir vor dem Kriege trotz mancher Besuche auf der Polizei nicht möglich, ein einzelnes Mal auch nur mit einem Regierungsrat zu sprechen. (Heiterkeit.) Aber neben dieser Ueberbeobachtung der Stellung stand ein Kadavergehörsam.

Die adlige Oberschicht war der absolute Herrscher über die mittlere und untere Beamtenenschaft.

dem der Beamte nicht wie heute aus Verbänden heraus mit Wünschen und Rechten kommen konnte.

Man klagt in sozialdemokratischen Beamtentreisen über eine zu wenig energiegeliche Personalpolitik. Immerhin sind von 12 Oberpräsidenten 4 Sozialdemokraten und 5 überzeugte Republikaner der Weimarer Koalition. Von 44 Polizeipräsidenten sind 23 Sozialdemokraten. Eine Personalpolitik, wie sie die Fried- und Franzosen betreiben, machen wir Sozialdemokraten allerdings nicht. Wir halten vielmehr eine solche Personalpolitik für die größte Sünde, die begangen werden kann. (Lebhaftes Sehr richtig!) Und wir sind der Ueberzeugung, daß gerade durch diese Personalpolitik die Fried- und Franzosen sehr rasch abgewirksam sind. Ich sage den sozialdemokratischen Beamten: Habt Vertrauen zu Euren Führern. Auf der Grundlage dieses Vertrauens allein werden wir das Volk, die Republik und die Beamtenenschaft weiterbringen. (Anhaltender Beifall.)

Nach einer lebhaften Diskussion schloß Genosse Kienz die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Dr. Lübbens Waffenlager.

Seine Berufung wird verworfen.

Regierungsrat Dr. Lübben stand gestern zum viertenmal vor Gericht. Mit der Berufung in seinem Sittlichkeitsprozeß hatte er kein Glück. Die Strafe von sechs Monaten der 1. Instanz ist von der zweiten auf ein Jahr drei Monate Gefängnis erhöht worden. Doch er mit seiner Berufung gegen das Urteil des Schöffengerichts Charlottenburg, von dem er wegen Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz und wegen unbedingten Waffenbesitzes drei Monate Gefängnis erhalten hat, mehr Erfolg haben würde, schien von vornherein sehr fraglich.

Der Zeugenaufruf war diesmal noch größer als in der ersten Verhandlung. Auch der Zeuge Schirmmeister war zugegen. Dieser Zeuge war es, der leinerzeit dem Angeklagten Dr. Lübben bei der Einsammlung der Waffen von der Schöneberger Bürgerwehr geholfen hatte. Schirmmeister sollte nun, entgegen dem Auftrag des Angeklagten, einen Teil der Waffen verpackt im Keller gelassen haben. Eigentlich, daß diese Riste mit Waffen und Munition sich nach Dr. Lübbens Umzug auf dem Boden eingeschunden hat. Natürlich ohne sein Wissen. Der Angeklagte erklärte, ähnlich wie in der ersten Verhandlung, daß er von der Agitation der Waffen keine Ahnung gehabt habe. Die sieben Pistolen, das Gewehr 98, die Handgranaten und die 1200 Stück Munition, usw. usw., das alles habe jahrelang bei ihm gelagert, ohne daß er davon Ahnung gehabt hätte. Der Zeuge Schirmmeister stimmte auch diesmal mit dem Angeklagten insofern nicht überein, als er von ihm nicht den Auftrag erhalten haben wollte, auch den Rest der von ihm bei der Schöneberger Bürgerwehr eingesammelten Waffen abzuliefern. Auch die Aussage eines anderen Zeugen, der

in dieser Verhandlung zum ersten Male auftrat, war für den Angeklagten wenig günstig. Er erzählte, daß er im Auftrag von Dr. Lübben das Kriegsgewehr gereinigt habe. Also mußte Dr. Lübben, daß es vorhanden war. Widerlegt wurden auch Dr. Lübbens Behauptungen, er habe nicht wissen können, daß sich auf der Jagd des Marine-Sportklubs die zwei Pistolen aufbewahrt wurden, die die Polizei bei der Durchsuchung beschlagnahmte. Eine ganze Reihe junger Leute, Mitglieder des Marine-Sportklubs, hatten die Waffen gesehen.

Der Staatsanwalt beantragte die Verwerfung der Berufung. Nach längerer Beratung wurde in den Abendstunden das Urteil gefällt. Die Berufung des Angeklagten Dr. Lübben, der in erster Instanz wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war, wurde auf seine Kosten verworfen. Die beschlagnahmten Waffen und die Munition wurden eingezogen.

Brandunglück in der Schwedter Straße.

Durch unvorsichtiges Handeln mit einer gefüllten Petroleumflasche ist am Montag im Haupte Schwedter Straße 253 ein schweres Unglück vorgefallen. Die 35jährige Arbeiterin Anna Fritz wollte den Ofen in der Stube heizen. Um das Feuer schneller in Gang zu bringen, goß sie, einer nach immer weit verbreiteten und furchtbar nicht ausrottelnden Irrtum folgend, aus einer flüssigen Petroleumflasche nach. Mithin schlug aus dem Ofenloch eine mächtige Stichflamme hervor und setzte die Kleider der Frau in Brand. Am ganzen Körper sichtbar brennend, eilte die Unglückliche auf den Treppenturm hinaus, wo ihr Nachbarn zu Hilfe eilten. Die Bebauernmerkte wurde durch die Feuerwehr ins Lazarus-Krankenhaus gebracht, wo sie sehr bedenklich daniabliegt.

„Schlagt den Hund doch tot!“

Eine Episode aus der Anti-Remarque-Film-Demonstration

Nach und nach erschienen die Remarque-Film-Demonstrationen vor dem Schöffengericht Schöneberg. Neulich war es ein junger Steinschleuderer, gestern der 22jährige Student der Medizin Tepl.

Nach einmal wurde das Bild jener Tage aufgerollt. Der jubelnde und pfeifende kriegsbegeisterte nationalsozialistische Anti-Remarque-Haufen war vom Rossendorfsplatz am Wittenbergplatz angefangen. Die Polizei hatte ihre Post, den Weg zur Tauentzienstraße zu versperren. Steine sausten durch die Luft. Die Demonstrationen verfluchten, die dünne Polizeikette zu sprengen. Da waren sich etwa 25 Personen von der Menge in der Nähe des Untergrundbahnhofs, um zur Tauentzienstraße hinüber zu gelangen. Aus dieser Gruppe stürmte ein junger Mensch voraus und lief mit erhobener Faust mit den Worten: „Schlagt doch den Hund tot!“ auf den Polizeibeamten B. zu, der damit beschäftigt war, einen anderen Demonstrationen vom Boden emporzuhoben. Der Polizeiwachmeister E. schlug mit dem Knüttel auf den erhobenen Arm des Schimpfenden, ein anderer Polizeiwachmeister eilte herbei und der junge Mensch wurde verhaftet.

Der Verhaftete war der Student T., er hatte sich jetzt wegen fälligen Angriffs und wegen Aufreizung zu Gewalttaten zu verantworten und behaupteten natürlich ungeschuldig zu sein. Gegen 9 1/2 Uhr habe er mit einer jungen Dame am Bahnhof Wittenbergplatz eine Verabredung gehabt, habe wegen der Absperrung nicht zu seinem Ziel gelangen können, sei dann mit einigen anderen von der Tauentzienstraße zum Wittenbergplatz hinübergegangen und habe gesehen, wie etwa vier bis fünf Beamte über einen Menschen „hergefallen“ seien, dem er mit dem Ruf: „Ihr schlägt ihn doch tot!“ zu Hilfe geeilt sei. Die Aussagen der anderen drei Polizeibeamten strajien den Angeklagten Augen: sie hatten genau seine Worte gehört und auch gesehen, von welcher Richtung er gekommen war. Das Gericht verurteilte den jungen Menschen wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und wegen Aufreizung zu gewalttätigen Handlungen zu 30 Mark Geldstrafe, für die im Nicht-eintreibungsfalle drei Tage Haft treten. Der Herr Student der Medizin ist also mit einer ungewöhnlich milden Strafe davon gekommen, die ihm aber hoffentlich Zeit seines Lebens eine Lehre sein wird.

Drohbriefe an Reichsbahn.

Erpresser drohen mit Bräufspaltungen.

Der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn, Dörpmüller, hat in letzter Zeit wiederholt Drohbriefe erhalten, in denen von bisher noch unbekanntem Erpresser schwere Anschläge auf die Reichsbahn angekündigt werden, falls ihnen nicht in einer bestimmten Zeit ein Betrag von 100 000 Mark zur Verfügung gestellt würde.

Die Erpresserbriefe sind in Baden und Bayern aufgegeben worden. Von der Kriminalpolizei ist inzwischen festgestellt worden, daß das Briefpapier aus Freiburg stammt, wo es in Automaten vertrieben wird. Die Täter haben in ihren Briefen genau geschilbert, welche Eisenbahnüberführungen sie in die Luft sprengen wollen. Ihre Dreistigkeit ging sogar soweit, genau detaillierte Vorschriften über die Ausschüttung des Geldes zu machen. In einem der letzten an Generaldirektor Dörpmüller gerichteten Schreiben wird unverbürgt gesagt, daß, falls er auf die gestellten Bedingungen nicht eingehe, er einen Dentschkeil erhalten werde.

Vor einigen Wochen schien es, daß die Polizei der Bande hoffentlich werden würde. An einer bestimmten Stelle war nämlich ein Paket mit unglückigen Geldscheinen niedergelegt worden.



Das hätte sie nie gesagt, wenn ein gesunder, forischer Junge vor ihr gesessen hätte, das soll dem Kranken Fuhrer da eine Freude sein; aber sonderbar: es wird keine. Herr Schmirer schweigt; er tappt selbst verduht in seinem Innern herum und sucht den Grund, der ihm verbietet, sich zu freuen; sucht den Grund, der ihn zwingt, sich zu ärgern. Er muß lange suchen.

Gerade als er ihn hat, ist Vene getränkt aufgestanden und will gehen. Da fahrt er Mut und hält ihre Hand fest. Denn er will ihr etwas sagen. Dies will er ihr sagen:

„Ich sollte mich eigentlich freuen, Fräulein Vene, daß Sie nach Berlin gehen. Denn sehen Sie, jetzt sind wir vier Jahre im Stubbenland; und zum ersten Male halte ich ihre Hand länger als zum stüchtigen Druck; und es ist eine große und sehr schöne Sache für mich, daß ich das darf. Wenn wir aber in Berlin sein werden, Fräulein Vene, dann wird so ein Händedruck gar keine große Sache sein; ich werde dort besser aussehender als hier, ich werde so viel Geld haben, um Sie einzuladen, wir werden trinken zusammen, und Sie werden mir bald mehr gewöhnen als einen Händedruck... und nicht mal das wird eine große Sache sein. Wie gesagt, ich sollte mich freuen; denn manchmal, wenn ich wütend auf Sie war oder auf mich, habe ich mich danach gelehnt; und nun ist es soweit. Aber ich denke an Sie, Fräulein Vene, nicht an mich; und ob Sie ebenfalls besser aussehender werden in Berlin, das weiß ich noch nicht. Hier haben Sie einen Hof um sich gehabt; ich meine nicht nur den Bauernhof, der da hinten liegt; sondern einen Hof um sich herum, immer, wo sie auch gingen und standen. Ich fürchte, in Berlin ist kein Platz für solche Höfe, und Sie werden ihn dort nicht behalten. Und nun werden Sie mich unmodern schelten; aber es würde mir bitter, bitter mehren, wenn Sie ihn verlieren, so bitter wäre das, daß es nicht mehr süß wäre, Sie zu besitzen...“

Das will... das wollte er ihr sagen; nicht ganz so schwungvoll nieselicht; aber doch dem Sinne nach. Jedoch er sagt mir:

„Ich halte es nicht für richtig, nach Berlin zu gehen, Fräulein Venedied.“

Und Vene antwortet nur: „So“; und blickt über den See, auf dem jetzt endlich im März, das Eis bricht, und dem deshalb weder die Glätte noch die Bogen Schimmer und Glanz geben; und findet beide grau und langweilig, Schmirer und den See; und nimmt ihre Hand aus der seinen und sagt lachend:

„Morgen fahre ich und suche mir eine Stellung. Auf Wiedersehen, Herr Schmirer!“

Friedrich Venedied hat seine Tochter zur Bahn gebracht. Eine Freundin will sie besuchen, hat sie gesagt; ist dem Mädchen ja zu gönnen. Es ist über Nacht schon wieder kalt geworden, bitter kalt; als schriebe man nicht März, sondern Januar. Es tut also gut, einen Schnaps zu trinken im Dorf; einen einzigen nur, das wird man sich doch noch leisten können, wie?

Im rauchigen Krugzimmer zeigt sich, daß viele dieser Meinung sind. Um die Theke steht eine lärmende Schar junger Männer; ein paar ältere reiben am Ofen Hände und Rücken. Venedied wird nicht gleich bemerkt; seine dröhnende Stimme rügt das sofort:

„Gibt's denn hier keinen Schnaps für den Plantagenbesitzer Venedied?“

Eine Lache wiehert auf. Venedied hält sie für Anerkennung.

„Aber bitte schön, Herr Plantagenbesitzer!“ sagt die halb-wüchsige Krugwirtstochter und stellt den Schnaps hin. Neue Lache. Eine Weile gehts herr Plantagenbesitzer hin, Herr Plantagenbesitzer her. Venedied läßt sich's gern gefallen. Dann sagt einer:

„Ja, ja — ne schöne Sache, jene Spargelplantage. Wir armen Bauern dagegen...“ Lache.

„Na ja, wir haben ja auch nicht den guten Sandboden wie die Herren da auf dem Stubbenland.“ Venedied nickt zufrieden. Lache.

„Bloß Fröhe soll es da viel geben, wie? Sogenannte Stubbenlander Sandfröhe?“ Venedied verneint. Er weiß nicht, daß man so im Dorfe die Siedler nennt. Er begreift es auch nicht. Lache.

Jetzt ist einer tühn und phantastisch genug, um eine ganze Geschichte zu erfinden. „Wissen Sie, da ist hier bei Rheinsberg doch der Bau Meier. Kennen Sie doch? Nicht? Na, tut nichts zur Sache. Also jedenfalls, der ist doch Sandgrubenbesitzer. Und nu wollte er ne Hypothek haben auf seine

Sandgrube. Von der Stütungsaktion für die Landwirtschaft, die doch nu endlich im Gang ist. Also er fährt nach der Kreisstadt und geht auf die Bank, wo die dicken Gelder gibt.“

„Zahlen!“ schreit Venedied aufgeregt dazwischen. Also es ist eine Stütungsaktion im Gange! Das Wunder — das Wunder ist da! Was da weiter erzählt wird, hört er nicht mehr. Bloß nach Haus, es Venen sagen — ach nein, die ist ja weg — also wenigstens dem Rolf! Und alles vorbereiten, und morgen nach Ruppin! Wo es die dicken Gelder gibt!

Der Erzähler spinn seinen Faden müttig weiter:

„Wen trifft der Meier in der Bank? Na, was meinen Sie? Den Herrn Rittergutsbesitzer von Uslar, den größten Landbesitzer im Kreise Ruppin. Beide kommen zusammen dran, und jeder bringt seine Sache vor. Tja, sagt der Direktor, Herrn Meier kann ich eine Hypothek geben, aber dem Herrn Baron nicht — Wieso nicht? fragt Beleidigt der Baron. Ich habe achtauf tausend Morgen Acker, und der Herr Meier zehn Morgen Sand! — Tja, sagt der Direktor, sehen Sie, Herr Baron, ein Rittergut, das ist heute man auch bloß ein Rittergut. Aber ne Sandgrube, sehen Sie, das ist heutzutage gleich ne Spargelplantage!“

Venedied stürzt zur Tür hinaus. Sie denken, er flücht; flücht vor ihrem Gelächter. Aber er hat gar nichts mehr verstanden. In seinen Ohren summen Zahlen, vor seinen Augen kreisen Zahlen, seine Finger fühlen Beutel, auf denen Zahlen stehen. Er weiß nicht, wie er nach Hause kam, aber er schwigt, als er da ist, und draußen friert.

„Rolf“, schreit Venedied schon von weitem, „Rolf, Geld gibts! Geld!“

„Ich darf wohl meinen Mantel hier bei Ihnen hängen lassen?“ fragt Venedied den Wirt, bei dem er in Ruppin ausgespannt hat. „Es ist bloß, weil die Bank gerade gegenüber ist“, entschuldigend er sich überflüssigerweise.

„Natürlich“, brummt der Wirt uninteressiert und hantliert an seiner Theke.

„Und es dauert ja auch bloß zehn Minuten.“

Venedied weiß selber nicht, warum ihm so viel daran liegt, dem Wirt die Selbstverständlichkeit seiner Handlungsweise klarzumachen. Eigentlich will er die wohl auch mehr sich selbst klarmachen; der listig flüsternden Stimme in seinem Schädel klarmachen, die da immer wiederholt: Du tust es nur, weil dein Mantel schädlich ist, Venedied; weil du drüber in der Bank, den großen Bauern spielen willst, Venedied; weil du glaubst, daß man deinem Sonntagsanzug eher Kredit gibt als deinem Mantel, Venedied; womit du recht hast, Venedied. (Fortsetzung folgt.)

um die Erpresser in eine Falle zu locken. Das Paket verschwand auf geheimnisvolle Weise, von den Tätern dagegen fehlte jede Spur. Als sich die Erpresser in ihren Erwartungen enttäuscht sahen, hängte es wieder Drohbriefe.

Notruf der Radiohilfe.

Eine Feierstunde als Appell an die Öffentlichkeit.

Zugunsten seiner Sozialen Radiohilfe veranstaltete die Ortsgruppe Berlin des Arbeiter-Radio-Bundes am Sonntagvormittag im Festsaal des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht eine Feierstunde, die auch durch den Rundfunk übertragen wurde.

Reichstagsabgeordnete Genosin Juchacz, die Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, hielt die Ansprache: „Es war“, so sagte sie, „eine besonders dankens- und anerkennenswerte Tat des Arbeiter-Radio-Bundes, seinerzeit für die Blinden, Schwertriegsbeschädigten, Siechen und anderen Inassen öffentlicher Anstalten sowie den vielen, vielen Arbeitslosen die Soziale Radiohilfe zu schaffen, die den Benannten kostenlos oder gegen Erstattung der Selbstkosten Empfangsapparate zur Verfügung gestellt hat. Aber auch diese gemeinnützige Arbeit, die von der Arbeiterwohlfahrt aufs stärkste unterstützt wird, leidet jetzt schwer unter der Ungunst der Zeit und die Berliner Ortsgruppe des A.R.B. muß sich deshalb an die Öffentlichkeit wenden, und zwar nicht nur an die kommunalen und staatlichen Instanzen, sondern vor allen Dingen auch an die Radio-Industrie, um auf diese Weise die Mittel für ihre Weiterarbeit zusammenzubekommen. Sie hat ein Recht auf ideale und materielle Unterstützung. Die Ortsgruppen des Arbeiter-Radio-Bundes wünschen und hoffen, daß nach dieser Feier Anerbieten eingehen, die die Tätigkeit der Radiohilfe erweitern und erleichtern. Wir wenden uns deshalb mit dieser Feier nicht nur an die Arbeiterschaft, sondern an alle Hörer, die über die Soziologie der arbeitenden Klasse nachgedacht haben. Aus den Veröffentlichungen des Bundes ist zu ersehen, wieviele Menschen die Arbeiter-Radiohilfe tatsächlich schon geholfen hat; sie will weiter helfen und kann deshalb verlangen, daß man ihr die Mittel gibt, um helfen zu können.“

Ein ausermähltes, künstlerisches Programm umrahmte diese, mit starkem Beifall ausgenommene Ansprache. Das Bach-Streich-Orchester unter Leitung von Otto Wolfgang Herbert streute mit seinem tiefgefühligen Musizieren feierlichen Glanz über das stark bewegte Haus. Während Paul Graeg mit Tschostkows rührendem Gedicht „Mutters Hände“ und dem „Horch auf!“ des Düsseldorf-er Arbeiters Paulus meisterhaft die Ueberleitung vom Draußen zum Drinnen schuf, führte Tony van Eyck stiller, sanft mahnender Ernst die Zuhörer mit einem Stück aus Walter Bauers „Dieb“ in die Zeit des Krieges zurück. Alfred Beierle las mit gebändigter Kraft und vertieft, das Verständnis vermittelnder Auanzierung den Hymnus des Karl Kraus an Immanuel Kant: „Zum ewigen Frieden“ und Hermanns Strophen aus der Fremde. Immer, wenn Beierle dem Friedensgedanken dienen kann, ist er groß und einzig, und weiß die Zuhörer zu packen. So auch hier. Gertraud Eijold aber rief mit ihrem unbändigen, dem freudigen Leben und dem hellen Tag gehörenden Temperament die Hörer aus dem tragischen Moll in das lebensnahe Dur, während die Aktuelle Kleinkunstbühne mit den scharfen Sprachrhythmen von Dehmels „Mahl Nüchle, mahl!“ wieder den Anschluss an Gegenwart und Zukunft, Arbeit und Kampf, fand. Dankbares, uneingeschränktes Lob gebührt allen diesen Künstlern, die sich aus reinem Idealismus dem Werk gewidmet haben.

Tennismeister Prenz verurteilt.

Seine Behauptung unwar, seine Berufung verworfen.

In dem Prozeß gegen den Tennismeister Daniel Prenz verurteilte die Strafkammer nach der Vernehmung mehrerer Zeugen und nach längeren Ausführungen der Rechtsanwältin Mosberg und Sad das Urteil.

Die Berufung des Angeklagten Prenz wurde auf seine Kosten verworfen. Der Vorsitzende erklärte, daß es dem Gerichte im Strafprozeßverfahren völlig gleichgültig sei, ob der Tennismeister Prenz die internationalen Amateurbedingungen eingehalten habe oder nicht. Erwiefen sei durch Beweisaufnahme, daß er tatsächlich mit der Firma Hammer in Verhandlungen über die Zahlung von 3000 Mark gestanden habe, so daß eine Behauptung, daß die Firma gelogen habe, unwahr sei. Das erste Urteil, durch das Prenz wegen verleumderischer Beleidigung, zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt wurde, mußte daher in vollem Umfang aufrechterhalten werden.

Prenz hatte, um es kurz zu wiederholen, gegen die Tennis-schlägerfabrik Hammerwerke in Mergentheim eine Privatbeleidigungsklage angestrengt, weil diese Firma die Behauptung aufgestellt hatte, daß Prenz für das Spielen mit Raketts dieser Firma eine Honorierung gefordert habe. Prenz habe erklärt, gegen eine Zahlung von 3000 Mark und Lieferung von 35 Schlägern ausschließlich die Fabrikate der Tennisschlägerfabrik Hammerwerke zu benutzen. Prenz besitzt die in einem Artikel in der „Deutschen Sportartikellzeitung“ erhobenen Vorwürfe der Hammerwerke und bezichtigte die Tennisschlägerfabrik der Lüge. Er erhob Privatbeleidigungsklage. Die Firma strengte Widerklage wegen verleumderischer Beleidigung an. Tennismeister Prenz legte gegen das Urteil, das auf 300 Mark Geldstrafe lautete, Berufung ein, die nunmehr verworfen wurde.

Der Brandenburgische Verkehrs-Berband (Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Fressdorf, Brandenburg) tagt am 21. und 22. März 1931 in Potsdam. Am Sonntag, dem 22. März, um 11 Uhr, veranstaltet der Verband eine öffentliche Versammlung im „Konzertsaal“, Kaiser-Wilhelm-Str. 25, mit folgenden drei Vorträgen: „Siedlungsprobleme der Gegenwart“ (Stadtbauplatz Dipl.-Ing. Ing. Erbs, Brandenburg a. d. H.), „Die Provinz Brandenburg im Reich der Fernverkehrsstraßen Deutschlands“ (Handelstamminhaber Dr. Bauer, Brandenburg a. d. H.), „Was ich in der Welt lerne und was ich fand“ (Redakteur Walter Trojan, Berlin). Am Sonntag vormittag um 9 Uhr findet eine Besichtigung der vorge-schichtlichen Abteilung des Potsdamer Heimatmuseums und des Gar-nisonmuseums statt.

Chaplin in Wien. Charlie Chaplin traf am Montagmorgen um 10 Uhr am Franz-Josefs-Bahnhof in Wien ein. Er wurde von Vertretern der Presse und einer großen Menschenmenge begeistert begrüßt.

Nur mit den Augen . . .

Die Schau der Leckerbissen. — Eine Siebenjährige als Meisterköchin.

Die Kochkunstausstellung am Kaiserdamm zeigt der gastronomischen Herrlichkeiten viel, aber sie scheint fremd der Welt unserer Tage. Golan und Damwid, Languste und Gänseleberpastete thronen wohlgeordnet und fein gefüllt auf großen Silberplatten, und andächtig schiebt sich die zahlreiche Besucherchor weitgeöffneten Blickes und Magens an diesen traumhaften Gebilden vorbei. Die Menschen studieren die vornehm-fremdlandische Namensbezeichnung einer Languste à la Monte Carlo, einer Sauce bordelaise, eines Filet à la Torneo, und einer meint dazu: „dazu“, „Mensch, was-ham wa von die scheenen Wörter, davon wird keena nich satt!“ „Na, langen Sie doch zu, meine Herren, lange genug steht wa ja schon drum rum“, meint ein anderer. Und was die beiden aussprachen, dachten all die vielen anderen. Ein bißchen festsam mutet ja vielleicht diese gastronomische Fata Morgana heute an, und die große Masse wird den künstlerischen Spitzenleistungen mit sehr gemischten Gefühlen gegenübersehen.

Da haben beispielsweise geschickte Konditorenhände aus Tee-gebäck einen Funkturm gebaut, daneben erstand aus Zwischbäcken das Brandenburger Tor, dann gibt es Backware aus aller Herren Länder zu sehen, Waffeln aus Schläfen, Buchteln (Dampfnudeln) aus Wien in Schweizer Jopf, die Dresdener Zeilen-femmel, Broie aus allen Gauen und allen Schattierungen. Während die Hotelküche kulinarische Kunstwerke zeigen, bieten die Bierlokale die echte Berliner Küche mit Boulette, Riesenbratwurst, Spießhahn und Brötchen-Bitrine. Eine „lebende Speisekarte“ enthält alle Gerichte, die im Ausstellungsrestaurant zu haben sind, portionsweise. Instruk-tion ist vor allem die Diätküche, die jede Art der Diät in richtiger und vor allem abwechslungsreicher Zubereitung zeigt; die mehl- und zuckerfreie Kost für den Diabetiker, die gewürz- und säurearme Nahrung für den Nierentrinken und die durch Schaben, Psöllern oder Quetschen leichtsterbaulich gemachte Küche des Magenkranken. Man zeigt an einem Grundgericht die verschiedenartige Zubereitung, dazu die Ergänzung durch Obst in rohem oder gekochtem Zustand, Gemüse, Käse und Backware. Leider stellt die abwechslungsreiche Speisetafel des Diätlebens wieder allerschweren Forderungen an den Geldbeutel, sonst leidet sie unweigerlich an größter Monotonie. Ein Riesenblumenstrauß, aus Marzipan geformt, wirkt äußerst lebendig, und die Dekorationskünste der Fleischerschule formen Speck-stückchen und Apfelp, Gurkenpasten und Jungenscheibchen zu blumen-haften Gebilden. Es sollen aber nicht nur Fachleute ihr Können zeigen, sondern im Wettbewerb um den goldenen Quirl treten an 250 Gasherden täglich ebenso viele Amateure der häuslichen Kochkunst zum edlen Wettbewerb an. Preisgekrönt wird, wer die vorgeschriebene Mahlzeit in der kürzesten Zeit, bei sparsamstem Gasverbrauch schmackhaft zubereitet. Das Kampfgelände ist aber nicht nur der Hausfrau vorbehalten, sondern man will auch die Talente von Mann und Kindern auf diesem Gebiet kennen lernen.

Der Sonntag war dem Wettbewerb der kochenden Männer, Jungen und Mädels gewidmet, und es gab einen Nordspatz, als diese Außenleiter des Kochherdes starteten. 159 Männer zwischen 20 und 50 erhielten folgendes Diktat: Blumen-lobsuppe, Kalbsroulade mit Rakkaroni und Sahnesauce und rote Gräbe mit Vanillesauce, 80 jugendliche Vertreter der neuen Gene-ration hatten Schokoladensuppe, Eierkuchen und Aprikosenkompott

zu liefern. Alles stand seinen „Mann“, die Jungen wendeten mit Hochachtung rastlos ihre Eierkuchen, und eine Sieben-jährige holte sich den 1. Preis, ein Spartaftensbuch über 250 Mark und eine Reifeschreibmaschine, der 2. Preis von 200 Mark fiel auf einen Jungen, der dritte wieder auf ein Mädchen, dann gab es noch 15 Trostpreise. Den 1. Preis am Herd der Männer holte sich ein Zwanzigjähriger, 200 Mark und 5 Liter Kognak. Bei Musik, Tonfilmaufnahme und Blitzlichtphotographie ging das inter-essante Wettlochen unter einem Massenandrang von Zuschauern vor sich.

4. Nacht der Sechstage.

Rieger-Maczynski rücken stark auf.

Am Abend des vierten Tages war die Halle gut besucht. Die beiden Nachmittagswertungen verliefen vollkommen ruhig. Schön, Eijenburg, Goebel, Tieh, Dinale, Eijenburg, van Buggenhout, Krüger, Dinale, Nieche, Faudet und Goebel hießen die Spurtzieger.

Lebhafter ging es in der Abendwertung zu. Nachdem Schön den ersten Spurt geholt hatte, stieß im zweiten van Kempen vor. Doch waren seine Ausreißversuche nicht mit Erfolg gekrönt. Mehr Glück hatten die weit zurückliegenden van Hevel-van Buggenhout, Wolke-Hürtgen, Faudet-Marcillac und Manthey-Nidel, die je eine Verlustrunde gut machten. Auch Rieger-Maczynski und Krüger-Funda holten sich eine Runde zurück. Damit war die Kundenholerei jedoch noch nicht beendet.

Nachdem auch van Kempen-Chmer eine Runde erobert hatten, war der Stand der folgende: Die Spitze: Eijenburg-Schön 154 Punkte, 1 Runde zurück Rieger-Maczynski 61 Punkte, 2 Runden zurück Dinale-Goebel 170 Punkte, 3 Runden zurück Krüger-Funda 75 Punkte, Tieh-Thollensbeel 67 Punkte, 4 Runden zurück Manthey-Nidel 68 Punkte, 7 Runden zurück Kroll-Nieche 55 Punkte, 9 Runden zurück Faudet-Marcillac 63 Punkte, 10 Runden zurück van Kempen-Chmer 107 Punkte, 12 Runden zurück van Hevel-van Buggenhout 60 Punkte, 13 Runden zurück Wolke-Hürtgen 42 Punkte.

Volkschule wird renoviert.

Trotz schwerer Finanzlage die Mittel bereits bewilligt.

Der schlechte bauliche Zustand der 20. weltlichen Volks-schule in der Waldemarstraße 77, Bezirk Kreuzberg, hat den Magistrat veranlaßt, trotz der ungünstigen Finanzlage der Stadt einen Kostenschätz über die notwendigen Renovierungsarbeiten ausarbeiten zu lassen. Der Kostenschätz sieht einmal die Teilerktrifizierung der Schulräume, bei denen sie am notwendigsten erscheint, zweitens die Instandsetzung der besonders schlechten Klassen-räume vor.

Der Kostenschätz schließt mit etwa 16 000 Mark ab. Die not-wendigen Mittel werden dem Bezirksbauamt Kreuzberg in diesen Tagen überwiesen. Mit den Arbeiten wird deshalb auch schon in den nächsten Tagen begonnen werden können.

Zwei Bergarbeiter umgekommen.

Mien, 16. März.

In der Kohlengrube der Diogdyer Eisenwerke bei Mis-kolj stürzte ein Schacht ein und begrub mehrere Arbeiter. Zwei Arbeiter konnten nur mehr als Leichen geborgen werden. Die übrigen wurden gerettet.

Die Ursache der Todesnebel.

Die rätselhaften belgischen Todesnebel, durch die im Dezember vorigen Jahres zahlreiche Bewohner des Raas-Tales das Leben einbüßten, sind nunmehr in ihrer Ursache aufgeklärt. Giftige Abgase mehrerer chemischer Werke im Raas-Tale hatten sich mit dem üblichen Naturnebel vermischt. Vermutlich werden die Hinterbliebenen der etwa 60 Todesopfer, die die Katastrophe forderte, Schadenersatzklage gegen die Leitung der betreffenden Fabriken anstrengen; es war von diesen, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, nicht für die vorzeitige Unschädlichmachung der giftigen Abgase Sorge getragen worden.

Entgegen vieler bürgerlichen Zeitungen, die sich in phantastischen Ausdeutungen der Katastrophe gefielen, hat der „Vorwärts“ von allem Anfang an den Standpunkt eingenommen, daß es sich nur um giftige Abgase der chemischen Fabriken handeln könne. Der „Vorwärts“ hat also mit seiner Auffassung recht behalten.

Erfolgreiche Razzia auf Diebe.

Am Montagabend gegen 8 Uhr wurde in verschiedenen Lokalen in der Nähe der Brandkammer in der Rouen Schönhauser Straße eine Razzia durchgeführt. Kriminalbeamte hatten fest-gestellt, daß dort ein lebhafter Handel mit gestohlenem Gut stattfand. Als die Beamten in die Lokale eindringen, versuchten einige Leute zu flüchten. Im ganzen wurden 25 Personen angehalten und auf das Polizeipräsidium gebracht. „Bei dem Durchsuchen der Lokale fand man Schreibmaschinen, Grammophonapparate, Ferngläser und anderes Diebesgut, das hier verkauft werden sollte. Unter den Angehaltenen sind eine ganze Anzahl Diebe und Hehler mit festgenommen worden.“

Selbstmord eines Reichwehroffiziers.

Parchim (Mecklenburg), 16. März.

In seiner Privatwohnung wurde heute morgen der 33jährige Schwadronchef und Standortälteste Offizier der Garulion Parchim, Rittmeister von Borna, erschossen aufgefunden. Es liegt offen-bar Selbstmord vor. Was den als tüchtig und pflichtgetreu bekannten Offizier zu dieser Tat getrieben hat, ist noch nicht auf-geklärt.

Funkwinkel.

Vor ungefähr zwei Jahren wurde Verdis „Don Carlos“ aus dem Deutschen Opernhaus auf den Berliner Sender übertragen. Am Sonntag erlebte das Werk seine Aufführung als Sendeoper. Man hatte die fünfaktige, etwa 3 1/2 Stunden dauernde Oper stark reduziert. Nach Schillers Drama gearbeitet, betont sie weniger die dramatischen als die lyrischen Partien. Der erste Akt ist hinzuge-fügt, er bringt ein großes Duett zwischen Carlos und Elisabeth in Paris. So wurden durch die Streichungen die Handlungsomente wenig berührt, es fielen lyrische Stellen, um die es allerdings schade ist. „Don Carlos“, drei Jahre vor „Aida“ entstanden, zeigt bereits die Loslösung Verdis vom alten Opernstil, den Verzicht auf die fest-gefügte Nummernform, den Uebergang zur fließenden Melodie. Das Neue offenbart sich vor allem in der Partie des Königs. So bleibt der „Don Carlos“ in einem Verdi-Influß ein wichtiges Element schon in stilistischer Beziehung ganz abgesehen von seinen musi-kalischen Schönheiten. Die Aufführung leitete Rudolf Hindemith ausgesetzt. Die Stimmführung ist stärker betont als das Melodie. Ausgezeichnet der König Ludwig Hofmanns und Dongraf-fachbenders Pola, der allerdings sehr passiv singt. Joseph Schmidt als Carlos ist schon in ihm besser liegende Partien her-ausgetreten. Die Stimme sang toll. Sonst bringt der Sonntag fast ausschließlich Musik, unter anderem die beiden schönen Kapellen Dajos Bela und Nja Lischakoff mit gut zusammengestellten Unterhaltungsprogrammen. Vielleicht bedeutet die Einstellung auf Musik die beste Lösung der Programmfrage am Sonntag.

Am Montag liest Sigismund v. Radetzky aus seinem Buch „Der eiserne Schraubendampfer hurricana“ zwei Skizzen, die ins Groteske stilisiert werden. „Die Wahrheit zeigt sich erst im Para-dox!“, nach dieser Weisheit des Dichters Oskar Wilde scheint sich der Verfasser zu richten, aber weder Formulierung noch Inhalt können überzeugen. Das Reklamat sind nett geschriebene und unter-haltende Feuilletons, Einfälle des Augenblicks, die aber über diesen Augenblick hinaus kaum Bedeutung gewinnen. — In der aktuellen Mitteilung wird der berühmte Polarforscher Peter Freuchen über Grönland ausgefragt. Ein Kenner des Landes, der Bewohner, ihrer Sitten und Gebräuche spricht. Es handelt sich um keine Ana-logie mit großem Apparat, sondern eher um persönliche Impres-sionen, die wegen ihrer Unmittelbarkeit um so stärker wirken. Peter Freuchen will niemals durch irgendeine Sekte Eindruck machen. Das Erlebnis, das wissenschaftliche Erkenntnisse untermauert, steht im Mittelpunkt. Je größer die Persönlichkeit, desto schärfer die Äußerung. Jedenfalls trifft dies bei Freuchen zu. — Als Erfolg für den ausgefallenen Vortrag „Sitten des Alltags“ spricht der Film-regisseur Heinz Karl Heiland über „Filmaufnahmen auf dem Meeresgrund“. Nach einer eingehenden Beschreibung der Unterwasser-Photographie kommt Heiland zu seinen persön-lichen Erlebnissen, und hier gewinnt der Vortrag immer mehr an Interesse. — Der Abend bringt eine Wiederholung des Strauß-Banner-Konzerts. Damit erntet die Funkstunde die Notwendigkeit, gute Veranstaltungen zu wiederholen. F. Sch.

.... auch an Konservengemüse MAGGI's Würze

— Schon wenige Tropfen genügen —

Iwan Heilbut: Brüderliche Liebe

„Warum freizet ihr euch immer! Ihr beiden...“ sagte die Mutter.

Sie waren eben grundverschieden. Der ältere mit dem roten Strümpf, ein kräftiger Kerl; und der kleine, der Jährliche, zwei Jahre jünger als sein Bruder: ein Schwärmer, einer, der in der Nacht schlecht schlafen konnte, wenn er einer Fliege den Flügel ausgerissen hatte.

Mit dem Stuhl streiten war es aber nicht zu Ende. Sie schlugen sich die Knie krumm. Der Kleine konnte, ungeachtet seines empfindlichen Herzens, zuweilen noch gewalttätiger sein als der Große. Sie teilten aufeinander los wie auf Kerzhölz.

Eines Morgens mußte der Große im Bett liegen bleiben. Der Kleine nahm einen Brief mit in die Schule und gab ihn in der anderen Klasse ab. Als er heimkam, war sein Bruder schon ins Krankenhaus transportiert. Diphtherie. Der Arzt hatte kurzen Brozehl gemacht. Am Fenster über dem Verfen, Buchstabe „D“, stand der Kleine; die Mutter stützte ein Hemd.

Zweimal am Tage ging der Kleine den Weg zum Krankenhaus. Es war Herbst, die Sonne stand blank am Himmel. Wie die Welt ihn ansah! Wie schön war die Erde! Das Leben... Er lief.

Natürlich bekam er seinen Bruder nicht zu Gesicht. Der lag im abgegrenzten Viertel in einem Pavillon, den man nur aus der Ferne sehen konnte.

„Darf er nicht ans Fenster kommen, Schwester?“ fragte der Kleine.

„Wo denkst du hin! Er fiebert hoch! Wir wissen ja nicht einmal, ob wir ihn durchbringen.“

„Nein?“ fragte der Kleine, ihm fiel nicht Klügeres ein.

Die Schwester ging. — Von ihr hängt alles ab, dachte er; sie kann ihn durchbringen, wenn sie will. — Er rief sie zurück und bat sie, ihn durchzubringen.

Am vierten Tage lauerte er dem Arzt auf. Der Arzt juckte die Achseln.

„Solange ein Mensch noch lebt, habe ich Hoffnung“, gibt er zur Antwort.

„Aber es hat schon Kranke gegeben, um die es noch schlimmer stand, und die doch gesund geworden sind —?“

„Der Patient nimmt nichts an, seine Kurve steigt.“

Der Diktopf sagte der Junge für sich; natürlich will er wieder nicht tun, was er soll. Der Diktopf!

„Wie sollt' er mit solchen Nachrichten vor seine Mutter kommen? Lügen? Gefährlich.“

„Sag die Wahrheit“, verlangte die Mutter, „du kannst sie mir ruhig sagen.“

Er lag aber trotzdem, es ginge gut; und er hatte für einen Augenblick die merkwürdige Ueberzeugung, daß der liebe Gott oberhalb irgendwo, der über das Leben seines Bruders zu bestimmen hatte, auf diese falsche Auskunft Rücksicht nehmen und die Ereignisse danach lenken werde.

In der folgenden Nacht schrieb der Große noch lauter als sonst. Er brachte Worte hervor, welche die Anwesen des Pavillons ihr Gehör nicht gebührt hatten. Aber endlich begriffen die Schwestern, daß es Rosenamen waren, die er ansah. Er rief nach dem Bruder.

„Dein Bruder kann jetzt nicht kommen“, sagte man ihm.

„Holt ihn, holt ihn!“ rief er. Und dann begann er mit all den Inemischen Namen von neuem und hörte nicht auf.

Der Wärter am Bett war an Fiebererscheinungen bei seinen Kranken gewöhnt; er schmerzte dabei ein. Mit einem Male hörte er ein Geräusch wie Brechen und Rülzen. — Er traute seinen Augen nicht. Der Kranke Junge war durchs geschlossene Fenster gesprungen. Die Stube lag in obaren Stodwerk.

„Er hat sich das Genick gebrochen! Himmel!“ rief der Wärter und sprang ans Fenster. Aber dort unten sah er den Jungen in seinem rasch weggestreiften Kittel wie ein wildgewordenes Gespenst hurra hurra den langen Weg hinunterlaufen. Er warf die Beine und bewegte die Arme wie ein richtiger Schnellläufer. Es war bald zum Ende.

Der Wärter alarmierte den stillen Pavillon. Alles was hinaus darf, hütschreie! Voran der Wärter und die Schwestern. Die Retenallegeranten zogen Hofen und Schuhe an.

„Einer ist durchs Fenster gesprungen!“

„Nicht möglich!“

„Der denn?“

„Der Kleine!“

„Was will er denn draußen?“

„Ja, und er hat sich nicht einmal den Hals gebrochen!“

„Ach...!“

„Wo ist er nun?“

„Sie suchen ihn ja...“

Er quälte sich vergeblich, das Gitter zu überflimmen. Die Pforte, fand er nicht in der Nacht.

So erwachten sie ihn, wie einen Käfer, der die Wand nicht lassen will. An den Füßen zerrten sie ihn herab, sie klammerten seine Finger los. Aber trotz all ihren Versicherungen, daß niemand ihn schlachten wollte, stieß er unaufhörlich ein Gebrüll aus, und es waren wieder die Rosenamen.

Sie trugen ihn, zu vier Mann, in den Pavillon zurück. Dort unterzuchten sie seinen Körper.

Keine Wunde am ganzen Leib! Kein Knöchelchen war zerbrochen!

Als er nach diesen Wochen — es war tiefer Winter darüber geworden — dozillert durch die Pforte ging, sahen ihn die Remanten neugierig an. Aber niemand erwähnte jenes Ereignis, weder hier noch zu Hause. Auch er schwieg davon. Mag sein, daß es niemals bis in sein Bewußtsein gestiegen war.

Haustierhaltung der Ameisen

Schon Jahraufende, ja wahrscheinlich Jahrtausende, bevor der Mensch dazu überging, Tiere zu zähmen und sich auf diese Weise nutzbar zu machen, haben die Ameisen diese große wirtschaftliche Entdeckung gemacht. Finden sich doch Exemplare der Ameisenrassen, die Haustiere halten, zusammen mit ihren Blattläusen bereits im fossilen Bernstein eingeschlossen. Selt hierher führt Maurice Maeterlinck in seinem neuen, bei der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart erschienenen Werk „Das Leben der Ameisen“, wie er sich diese Großtat des Ameisengeschlechts vorstellt.

„Aufs Geratewohl umherstreifend, auf der Suche nach der täglichen Honignahrung, kam eine Ameise bei einem Blattläuschen vorbei, das sich an der Spitze eines zarten grünen Zweiges angelammelt hatte. Ein lieblicher, süßer Duft signalisierte ihre Fühler.

H. A. von Maltzahn:

Frankreichs Romanpreisträger

Bei der Verteilung der vorjährigen französischen Literaturpreise sind wieder mehrfach Autoren bevorzugt worden, deren Werte größtenteils in fernen Ländern spielen. So übertraf die „Académie Goncourt“ durch die Auszeichnung von Henri Fauconnier malayisches Pflanzenstudium „Malaise“ (Verlag Stoll), und Marc Chabourne, dessen Liebe zur Südpole vor wenigen Jahren in dem schönen Roman „Vasco“ (Verlag Wion) ihren Niederschlag gefunden hat, ist für dieses Buch und seinen kürzlich erschienenen Band „Cécile de la Jolie“ zum Träger des „Prix Théophraste-Renaudot“ ernannt worden. Während Chabourne ohne Zweifel zu den bemerkenswertesten und seriösesten Erscheinungen unter den jüngeren Prosautoren gehört, kann man beim besten Willen nicht behaupten, daß die „Goncourts“ in diesem Jahre in der Entscheidung neuer Begabungen besonders glücklich Hand bewiesen hätten. Bezeichnend ist dafür die Tatsache, daß die Werke einzelner neuerer Goncourtpreisträger heute für ein Fünftel ihres Ladenpreises veräußert werden und selbst so noch keine Liebhaber finden.

Anderrerseits liegt ein großer Irrtum in der Annahme, daß Frankreich an literarischen Zukunftspropheten arm sei. Man muß sich nur streng hüten, die geistigen Vorkämpfer der jungen französischen Generation aus Jean Cocteau übermäßigem Hände empfangen zu wollen. Cocteau's Begabung mit seinem Einfluß zu leugnen, wäre der Beweis für eine völlig oberflächliche Beurteilung der künstlerischen Talbestände des Pariser Lebens. So obdarn einzelne seiner Gedichte wie seiner übrigen Neuerungen omnuden mögen; Talent läßt sich dem Verfasser des Romans „Les Enfants terribles“ und des Erzählens „La Voix humaine“ (Die menschliche Stimme), der auch in Berlin über kurz oder lang zur Aufführung kommen soll, bestimmt ohne weiteres nicht absprechen, und sein Einfluß beschränkt sich keineswegs auf die Literatur; auch in Malerei und Musik ist er vielfach zu spüren, ging beispielsweise doch von ihm die Bewegung aus, die sich nach dem Kriege die „Arc-en-ciel“ der französischen Musik zum Ziel gesetzt und sich in der „Groupe der Six“ zusammengeschlossen hatte. In den „Jungen“, an deren Vereinerung Cocteau besonders beteiligt war, gehören, neben mander

während ihre kleinen Zeichen in einer kriechlichen Laus verankert. Der Hund war herrlich und schien unerschöpflich. Gleich füllte sie ihren Sommertröpfchen, den der Allgemeinheit Nimmer Regen, den Borratskloß der Stadt, zum Bersten voll, schrie elends ins Nest zurück, wo sie unter der Begeisterung und Vergütung des räuberischen Auswärtigen des Gerücht von dem wunderbaren Hunde verbreitete. Eine Kera unerschöpflichen Wohlstandes und Glücks kündete sich an. Nach einem freudbelebenden Fühlergespräch begaben sich alle in langen Reihen zu dem Märchenquell. Ein neues Zeitalter hob an: sie fühlten sich nicht mehr verlassen in einer Welt, wo ihnen bisher keinerlei Hilfe zuteil geworden war.“

Diese zufällige Entdeckung haben die Ameisen dann allmählich vervollkommen und weitergebildet. Zunächst lernten sie ihre Blattläuse sammeln, einpflanzen, regelmäßig molken oder vielmehr durch Streckeln dazu zu bringen, ihre zuckerhaltigen Ausscheidungen zu freigern. So erreichten sie, daß ein und dasselbe Tierchen 40 bis 50 Zuckertröpfchen in der Stunde gab. Genau wie unsere Viehhüter zu ihren Weiden, kommen und gehen die Ameisen von ihrem Nest zu den Blatt- und Schildläusen, sorgen für ihre Haustiere; ja einige praktische Stämme haben sogar ihren Blattläusen die Flügel abgeschnitten, um das Wässen zu erleichtern und jeden Flüchtersuch zu verhindern. Die Ameisen umgeben ihre Herden mit Hochger, bauen für sie verdeckte Wege und errichten Unterstände zum Schutz gegen den Regen. Einige Arten fertigen Pappstäbe für ihre Haustiere an oder richten im Nest selbst Ställe ein und geben die Blattläuse dort auf. Eine Art, die das Tageslicht scheut, hat Blattläuse ausfindig gemacht, die ihren Geschmack teilen und nur auf den Wurzen bestimmter Pflanzen oder Bäume leben; diese Tiere werden auf unterirdischen Wegen von weither geholt und in die Ställe gebracht, in denen sie in der Tiefe der Erde mit ihren Hirten ein zufriedenes Leben führen. Die Art *Lasius flavus* sammelt die Eier ihrer Blattläuse, zieht die Jungen groß und ist im Falle der Gefahr eifrig bemüht, die jungen Blattläuse zusammen mit den eigenen Kindern zu retten. Außer den Blatt- und Schildläusen holten die Ameisen auch noch kleine Insektenfrüher, auf denen sie reiten und die sie dabei mit ihren Fühlern bestreichen, damit sie den erlesenen süßen Tau von sich geben.

Heinr. Kemmer: Maximen eines Globetrotters

Ich reise niemals, ich verändere nur immer meinen Aufenthaltsort. Das heimliche Gefühl des „Reisenden“ überkommt mich hauptsächlich auf kleinen europäischen Inselgruppen, wo man nach einem Coupéprovisorium etwa eines Desprovvisoriums gewärtigt; während auf transkontinentalen Bahnen und interkontinentalen Dampfern sich ein jeder nach der ersten Stunde einrichtet und in der zweiten vergißt, daß er sich in Bewegung befindet. Die größten Distanzen sind mit den geringeren Unbequemlichkeiten verknüpft.

Der Globetrotter ist überall zu Hause; der Tramp nirgends. Die Kunst sich überall häuslich einzurichten, besteht darin, daß man nachdenkt: nicht was man zum häuslichen Glück alles braucht, sondern zu eben diesem Zweck besser entbehrt.

Das einzige, unumgänglich Notwendige für eine Weltreise ist das Einzeigige. Wie können Sie „ohne Geld“ fortziehen? fragt man mich; und ich antworte: wie können Sie „ohne Geld“ hier bleiben. Mit dem, was man hier unumgänglich zum Leben nötig hat, damit man, wer frei darüber disponiert, nötigenfalls auch reisen. Die großen Reisepläne keiner Leute scheitern meist daran, daß die kleinen Leute sich leichter für kleine Ausflüge entscheiden; Summa summarum geben sie mehr Geld darauf aus, als eine Weltreise kostet.

Das schönste Land? Das ist das unbekannt, in dem die Natur neu und die Menschen menschlich erscheinen.

Die bekanntesten und billigsten Speisen sind — überall — die Nationalispeisen.

Am schrecklichsten fekrank war ich bei einem Sturm auf dem — Bannee.

Der Anti-Globetrotter spricht: zu Hause kann man sich einschränken, aber auf Reisen ist das Beste vom Besten gerade gut genug.

Die längste Seereise ist (bei meist gleichem Breite) die billigste: man reist irgendwo viel Tage „Gratprovision“. (Ich habe tatsächlich *Ch-Champagne* gesehen, die ihr Passagiergeld aus den Schiffsmotoren herausgefressen haben.)

Was man auf Weltreisen am besten mitnimmt? Eine große Brieftasche, sonst nichts. Man laßt die Koffer am preiswertesten

in Kgypten. Die beste Tropenanstaltung in den Tropen. Was das Leben außerhalb Europas so teuer macht, sind die Europäer, man gehe ihnen aus dem Wege.

Die verbreitetste Tropenkrankheit ist nicht die Malaria, sondern die Bangeweile. Aber es ist ein Irrtum, zu glauben, daß sie durch Whisky-Soda zu kurieren ist. Man muß sich dennoch dazu entschließen, etwas den Geist und die Beine zu exercieren, obwohl Tropenmenschen das unwornehm finden.

Wenn ein Europäer in Indien stirbt, ist in neun unter zehn Fällen „das Klima schuld“. Wenn hier einen die Grippe erledigt, wird niemals behauptet, daß Europa eine unbewohnbare Gegend sei. Mein bester Reisebegleiter ist der Kochtopf. „Cooking is company“, sagt der Engländer: „Kochen ist so gut wie Gesellschaft“ — meistens sogar besser.

Die Kunst, sich überall häuslich einzurichten, besteht darin, daß man nachdenkt, was alles zum häuslichen Glück entbehrlich ist. Ich frage nach den billigsten Dampfern nicht im Reisebüro, sondern in Retrospektiven.

Eine Sprache muß der Globetrotter beherrschen: die englische. (Die Welt ist englisch.)

Gute Manieren sind hinter jeder Grenze anders: das Kopulit, mit dem man durch die Welt kommt, ist das natürliche Taktgefühl. Die feinstfühligen Menschen sind die Kannibalen. Als ich ein Kannibaldendorf verließ, trugen die Männer mein Gepäck, die Frauen mich, und die Kinder meine Arme — damit sie mit nicht zu schwer würden.

Man erleidet auf Reisen immer etwas weniger als zu Hause, namentlich, wenn man verheiratet ist.

Der innere Gewinn in der Schule des Weltbummlers: der Globetrotter sieht fremde Länder von innen und die Heimat von außen.

Jedes Witzchen glaubt sich im Zentrum des irdischen Geschehens und überall regiert der Alltag.

Doch man über fremde Sitten lacht, hindert nicht, daß man sich in fremden Ländern lächerlich macht.

Die Diktanz ist eine Illusion, Australien liegt nicht mehr am Ende der Welt, als (für die Australier) Deutschland.

bekannt, Radiguet, Desbordes und Igor Markevitch, ein achtzehnjähriges musikalisches Genie, dessen Kompositionen — von Cocteau's Einfluß heute völlig befreit — das größte Aufsehen zu erregen begannen. Der junge Dichter Radiguet ist hingestorben, nachdem er einige erstaunliche Proben seiner Begabung gegeben hatte, während Desbordes, um dessen Pubertätsaufzeichnungen „Sadora“ (Verlag Grasset) durch Cocteau und die Seinen indianer-artiges Begeisterungsgeheul erheitert worden ist, sich heute in der Rolle eines ausgebliebenen Favoriten dieses „Dichtersfürsten“ gut zu gefallen scheint. Die überströmenden Sätze, mit denen ihn Cocteau sein neuestes Buch — „Opium“, das „Tagebuch einer Enttäuschung“ (Verlag Stoll) — gewidmet hat, erscheinen zumal als Ausdruck einer ungewöhnlich subjektiven Parisfärbung, und wenn eine solche auch ohne Zweifel zu den unheilschwärzlichen Reden jedes Menschen gehört, so übertrifft im vorliegenden Falle die augenscheinlich geringe Ueberzeugungskraft, die dieser Fundgebung innewohnen scheint, seine „Heilung“ von der Opiumbesessenheit berichtet Cocteau in seinem neuen Buch mit einer Präzision, die fast Kopselt anstößig könnte, und er berichtet sie, genau genommen nur, um bei Opiumgenuss begünstigt zu verfahren; gerade damit gelangt man jedoch zu der gefährlichsten Seite des Einflusses, der durch Cocteau auf seine Umgebung — und insbesondere auf die Jugend — ausgeübt wird. Die Raufschmitttelvergiftungen und die Selbstmorde, die sich in seinem Kreise ereignet haben, sind allzu zahlreich, um ihn, das Zentrum dieses Kräftes, das aller Verantwortung dafür freisprechen zu können. In eine Detaildiskussion dieser traurigen Vorgänge einzutreten, verbleibt sich im Rahmen eines literaturkritischen Berichts; als bezeichnendes Beispiel sei daher nur der einen Tatsache Erwähnung getan, daß das junge Mädchen, das allgemein als das Modell für die weibliche Hauptgestalt der „Enfants terribles“ bezeichnet wird, nur wenige Monate nach dem Erscheinen dieses Buches ein freiwilliges Ende — sowohl hier von „freiwillig“ die Rede sein kann — gefunden hat, das dem, das die „Reife“ dieses Romans findet, fast entspricht. Was den Kreis um Cocteau betrifft, so läßt sich seine Begabung schwerlich in Abrede stellen, er kann und wird jedoch das geistig-künstlerische Frankreich kaum entscheidend bestimmen, da er aus einer Jugend gebildet wird, deren intellektuelle und moralische Gesundheit nicht über allen Zweifel erhaben ist.

Man wird gelegentlich die Ansicht vertreten finden, daß Jean Cocteau und André Gide in ihrer Wirkung auf die junge Generation des geistigen Frankreichs fast gleichzustellen seien. Bei allen Einwänden, die gegen André Gide erhoben werden können — das Oedipusdrama, das er soeben hat erscheinen lassen (Verlag Nouvelle Revue Française), beschäftigt zu der Frage, ob seine künstlerische Schaffenstrast sich nicht im Rückgang befindet —, bleibt André Gide ein Faktor von entscheidender Bedeutung, der aus dem geistigen Leben der Generationen von heute und morgen in Frankreich nicht wegdiskutiert werden kann. Daran wird durch Fundsträgergebnisse, wie sie die reaktionäre Zeitschrift „L'Action“ vor kurzem publiziert hat, sehr wenig geändert, mag durch sie nach so sehr der Unschick erwidert werden, als übertrifft Gides Auslandswirkung bei weitem seine Wirkung in Frankreich selbst; vielleiht hat diese ihren Höhepunkt heute überschritten; daß das Werk André Gides jedoch zu den freiziehenden geistigen Erbschaften gehört hat, denen Kriege- und Nachkriegsgeneration in Frankreich ausgesetzt worden sind, bleibt unbestreitbar.

Dann Gide als Voraussetzung wären viele der wichtigsten Erscheinungen des jüngeren französischen Schrifttums nur schwer zu verstehen, selbst wenn ihre geistige und künstlerische Selbstständigkeit so fraglos feststeht wie die Gide's (Verlag Grasset) „Le Réveil difficile“ (wörtlich: Der schwierige Erweckungslauf) soeben in der Zeitschrift „Les Cahiers de l'Action“ die ersten Proben publiziert worden sind. „Le Réveil difficile“ ist der Roman einer Generation, der Roman der Generation des dreißigjährigen Autors, und dieses Wert, das ich im Manuskript gelesen habe, frappt und erregt durch sein ausgeglichenes Gemisch von Temperament und Klarheit, persöhnlichsten Erleben und Urteilskraft; hinzu kommt eine überlegene — gelegentlich fast zum Spieren verfallende — Beherrschung von Sprache und Form, kurz: hier ist ein Roman geschrieben worden, der als Generationsdokument wie als Kunstwerk das größte Aufsehen erregen muß, der zweifellos lebhafteste Debatten provoziert wird, der aber die Richter der zahlreichen französischen Romanpreisträger die Frage nach mehr oder minder geeigneten Auszeichnungsspiranten mit einem Schläge entbehen dürfte, und — „Le Réveil difficile“ hat ganz bestimmt nicht Jean Cocteau zum Patron.

Bäcker wollen Brot verteuern.

Warum keine Zollsenkung? — Achtet die Regierung noch das Gesetz?

Die Getreidepreise steigen und steigen, besonders der Weizenpreis. Durch das Zollermäßigungs-gesetz vom 15. April 1930 ist die Regierung verpflichtet, den Zollsatz für Weizen zu ändern, wenn es die Entwicklung des Weizenpreises erfordert. Hierbei hat ein Preis von 260 Mk. je Tonne als Jahresdurchschnittspreis zu gelten.

Aus dem Gesetz geht leider nicht klar hervor, auf welchen Grundlagen dieser Jahresdurchschnittspreis beruht: ist das Wirtschaftsjahr gemeint oder die zwölf Monate, die nach dem Inkrafttreten des Gesetzes verlossen sind? Nimmt man letzteres, also die zwölf Monate von April 1930 bis März 1931 als Grundlage, so ergibt sich, daß der Jahresdurchschnittspreis von 260 Mk. bereits um 5,30 Mark überschritten (!) worden ist, und zwar selbst unter der Voraussetzung, daß die Preise bis Ende März nicht weiter steigen werden. Wählt man aber das Wirtschaftsjahr, das von August bis Juli läuft, als Grundlage der Berechnung, so wird, auch wenn der Weizenpreis bis zur neuen Ernte um keinen Pfennig mehr steigt, der tatsächliche Jahresdurchschnittspreis um 8,10 Mk. überhöht! Eine weitere Preissteigerung ist aber unausbleiblich angesichts der Verknappung der inländischen Weizenkörnte und des jetzt geltenden Weizenzolles, der mehr als doppelt so hoch ist wie der Weltmarktpreis. Sie muß katastrophal sein, wenn der Zollsatz nicht ermäßigt wird.

Die Regierung muß daher den Weizenzoll senken, wenn sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen will, daß sie selbst die von ihr dem Reichstag vorgelegten Gesetze sabotiert.

Die Regierung ist weiter verpflichtet, sechs Monate nach der letzten Zollerhöhung die Notwendigkeit einer Herab- oder Herabsetzung des Zollsatzes zu prüfen. Die letzte Zollerhöhung von 18,50 auf 25 Mk. erfolgte am 25. Oktober. Bis zum 25. April muß sich die Regierung also schlüssig werden, daß und wie weit sie den Zollsatz herabsetzt, um das weitere Steigen der Weizenpreise zu verhindern. Sie sollte aber dies schon jetzt tun, damit sie nicht Ende April in die Lage versetzt wird, den Weizenzoll viel stärker zu senken, um die erforderliche Preisermäßigung herbeizuführen, als es jetzt notwendig war, denn in einem Monat werden die Weizenpreise schon weit über 300 Mark geklettert sein.

Für die Landwirtschaft wäre es jedenfalls günstiger, das Preisniveau bis zur neuen Ernte auf der heutigen Höhe und darunter zu belassen, als noch einen weiteren Monat lang die Preise in die Höhe zu treiben und dann plötzlich durch eine schroffe Zollsenkung einen viel schärferen Preisrückgang erzwingen zu müssen, um dem Jahresdurchschnittspreis von 260 Mark zu genügen.

Für die Verbraucher ist eine weitere Steigerung der Preise für Weizen und damit für Mehl und Gebäck unerträglich. Schon hat die Erhöhung der Getreidepreise der letzten Zeit zu Verhandlungen in der Bäckereinnung geführt, nach denen der Brotpreis um 4 Pfennig erhöht werden soll. Wie lange glaubt die Regierung noch zögern zu dürfen?

nannten Konzerne, sondern darüber hinaus noch einige weitere Gruppen zu einer großen Einheit zusammengeschlossen werden sollen. Die Verhandlungen hierüber sind bisher daran gescheitert, daß die im vergangenen Jahr aus der Verschmelzung verschiedener Gesellschaften entstandene Republic Steel Corporation führend an den neuen Fusionsplänen beteiligt sein will. Die Republic Steel Corp. schließt übrigens ihr erstes Geschäftsjahr mit einem Verlust von 3,52 Millionen Dollar (15 Millionen Mark) ab.

Petscheks Händlerprofite.

Neue Angriffe auf der Generalversammlung.

Auf der Generalversammlung der zum Petschek-Konzern gehörenden Eintracht-Braunkohlenwerke und Briettfabriken L.G. kam es, wie schon in den letzten Jahren, wieder zu heftigen Aktionärsangriffen gegen die Geschäftspolitik des Braunkohlenmagnaten Ignaz Petschek.

Die Angriffe der Kleinaktionäre richteten sich auch diesmal wieder gegen die überhöhten Handelsprofite, die der Konzernbesitzer Petschek in seiner zweiten Eigenschaft als Kohlen-großhändler aus den Werken zieht. Aus dieser Schröpfung der Betriebe entsteht Herrn Petschek selbst natürlich kein Verlust, da er als Händler das wieder hereinholt, was er als Grubenbesitzer mit den hohen Handelsrabatten an die Kohlenhandels-gesellschaften abgibt.

Ein Aktionär rechnete vor, daß die Werke je Tonne Bri-ketts 30 Pf. bei dem jetzigen Händlerabatt von 1,20 Mk. je Tonne verlieren. Er forderte, daß die Verwaltung der Ein-tracht-Grube hierfür an Herrn Petschek Regress nehmen solle. Wie nicht anders zu erwarten war, wurde die Debatte über die Petschek'schen Handelsprofite glattweg abgedrosselt. Es war aber immerhin interessant, daß Herr Petschek selbst diesmal die dicke Luft auf der Generalversammlung gemie-den hatte, weil ihm offenbar bei diesen Debatten noch nicht sehr wohl zumute ist. — Wir halten es für dringend erforderlich, daß der Reichstagsrat diese ununterbrochene Debatte über die Petschek'schen Handelsgewinne von sich aus nochmals aufnimmt und in dieser die Deffektivität schon seit langem erregenden Angelegen-heit rückhaltlos Klarheit schafft.

Für die Bombengewinne, die Herr Ignaz Petschek auch in einem Krisenjahr, das Tausende von Lausitzer Braun-kohlenarbeitern auf die Straße warf, erzielen konnte, ist die Tatsache äußerst bezeichnend, daß es ihm ein Leichtes war, die unbehagliche Opposition mit dem stets probaten Mittel des Aktienkaufs auf einen Bruchteil ihrer früheren Größe zu drücken. So ist gegenüber dem letzten Jahr die Opposition bei der Eintracht von 700 000 Mk. auf 100 000 Mk. Aktienbesitz zusam-mengeschrunpft. Wie ganz offen zugegeben wird, hat Herr Petschek sich bei dem Aktienkauf nicht lumpen lassen und gegenüber den offiziel an der Börse notierten Kursen enorme Ueberpreise gezahlt. Er weiß, daß dieses Geld sich für ihn doppelt und dreifach bezahlt macht.

Braucht Mimosa 18 Proz. Dividende?

Warum die Photographen so teure Preise zahlen müssen.

Die Mimosa A. G. in Dresden, die in der Hauptsache Erzeugnisse der Photochemie herstellt, zahlt für 1930 wieder ihre Rekorddividende von 18 Proz. Der Betriebsgewinn blieb mit 4,87 Millionen Mark nur unwesentlich hinter dem Vorjahr zurück, während der Reingewinn in dem schweren Krisenjahr sogar noch eine kleine Steigerung auf rund 700 000 Mk. aufweist.

Die Reserven und flüssigen Mittel dieses Unternehmens sind ganz außerordentlich hoch. Allein die offenen Reserven, die bei Aktiengesellschaften im Durchschnitt 10 Proz. des Kapitals um-fassen, erreichen bei dieser Gesellschaft mit fast 1,2 Millionen Mark rund 35 Proz. des Aktienkapitals. Die laufenden Schulden sind im Berichtsjahr bis auf 281 000 Mk. zurückgezahlt, während Bank-guthaben und die übrigen flüssigen Mittel mit rund 3,5 Millionen Mark das gesamte Aktienkapital übersteigen. Da die Gesellschaft schon in den vorhergehenden Jahren ihre sämtlichen Betriebsanlagen bis auf 1 Mk. Buchwert ab-geschrieben hatte, sind diesmal hochwertige Beteiligungen, die bisher mit 100 000 Mk. zu Buche standen, gleichfalls bis auf 1 Mk. Er-innerungswert heruntergeschrieben. Neben den enormen offenen Reserven sind also in den Betriebsanlagen und Beteiligungen weitere ganz beträchtliche Reserven enthalten, deren Wert hoch in die Hunderttausende gehen dürfte.

Dieser Abschluß der Photofilm- und Plattenfabrik Mimosa liefert den Beweis, wie berechtigt die immer wiederkehrenden Klagen der Berufsphotographen und der breiten Schichten der Photoamateure wegen der überhöhten Preise für das phototechnische Zubehör sind. Im übrigen ist bekannt, daß Photo-filme, Platten usw. Markenartikel sind, die unter die Preis-abbauperordnung der Regierung für Markenartikel fallen. Obwohl die von der Regierung bewilligte Uebergangsfrist für den

Schwacher Außenhandel.

Im Februar um 30 Proz. geringerer Umsatz als im Vorjahr.

Im Monat Februar ist die Einfuhr gegenüber dem Vor-monat von 645 auf 605 Millionen Mark zurückgegangen, allerdings hat sich arbeitstäglich die durchschnittliche Einfuhr im Be-richtsmonat von 24,8 auf 25,2 Millionen Mark erhöht, da der Februar nur 24 gegenüber 26 Werttagen im Januar umfaßt.

Die Ausfuhr hat sich im Februar von 725 auf 733 Millionen Mark leicht erhöht, wozu noch 45 Millionen Mark Reparations-ausfuhr (im Januar 50 Millionen Mark) treten. Der starke Aus-fuhrrückgang in den beiden vorhergehenden Monaten hat sich also im Februar nicht fortgesetzt. Der arbeitstäglich Durchschnitt des Exports ist sogar von 27,9 auf 30,5 Millionen Mark im Februar gestiegen, was einer Zunahme von 9 Proz. ent-spricht. Dementsprechend ist auch der Ausfuhrüberschuß, der im Ja-nuar 150 Millionen Mark betrug, im Berichtsmontat auf 170 Mil-lionen Mark gestiegen.

Warengruppen	Einfuhr		Ausfuhr ohne Reparations-Schlieferungen		Reparations-Schlieferungen	
	Jan. 1931	Febr. 1931	Jan. 1931	Febr. 1931	Jan. 1931	Febr. 1931
1. Lebende Tiere	8,0	4,8	2,8	3,5	—	—
2. Lebensmittel u. Ge-tränke	217,3	171,8	26,3	24,0	0,6	0,6
3. Rohstoffe und halb-ferfertigte Waren	376,4	301,4	156,5	144,2	13,9	15,5
4. Fertige Waren	115,6	112,5	309,5	361,5	30,5	29,6
Zusammen 1—4	717,3	600,3	724,9	733,2	55,1	45,1

Im einzelnen geht der tatsächliche Einfuhrückgang von 40 Millionen Mark mit rund 60 Proz. zu Lasten der Roh-stoffe und Halbfabrikate. Bei den Rohstoffen steht der Rückgang der Baumwolleneinfuhr (minus 15 Millionen Mark) an erster Stelle, ferner ist auch die Einfuhr von Holz, Tabak, Kupfer und Eisenerz erheblich gesunken. Im Zusammenhang mit der kräftigen Steigerung der Wollpreise sind im Auslande auch größere Abschlässe der deutschen Textilindustrie erfolgt, die in einer Mehreinfuhr von Wolle in Höhe von 17 Millionen Mark zum Ausdruck kommen. Ob diese Mehreinfuhr auf eine stärkere Belegung in der deutschen Woll-industrie hindeutet, muß noch abgewartet werden.

Bei der Ausfuhr hat der Export an Fertigwaren, der im Januar einen schweren Rückschlag erlitten hatte, im Berichtsmontat erfreulicherweise wieder zugenommen. Mit einer Mehrausfuhr von 16 Millionen Mark stellt sich der Fertigwarenxport im Februar auf 591 gegen rund 575 Millionen Mark im Januar.

Der starke Ausfuhrüberschuß von fast 170 Millionen Mark kann aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß der Außenhandel auch im Februar ausgesprochen schlecht war. Der Gesa-mtumsatz der Ein- und Ausfuhr erreichte in diesem Monat nur 1,39 gegen rund 2 Milliarden Mark im Februar vorigen Jahres. Der Umfang des deutschen Außenhandels ist also um rund 30 Proz. zusammengeschrumpft. Auch der Export deutscher Fertig-

fabrikate, der bisher in dem allgemeinen Dunkel der Wirtschaftskrise der einzige Lichtblick war, ist mit 583 Millionen Mark (Durchschnitt Januar/Februar 1931) gegenüber 753 Millionen Mark im Monats-durchschnitt des Jahres 1930 um rund 22 Proz. gesunken. Diese nüchternen Zahlen beweisen, daß sich auch die Lage des deutschen Außenhandels immer mehr zuspitzt. Die Preispolitik der deutschen Monopole ist auch nur zu sehr geeignet, den Export-industrien in Deutschland das Leben schwer zu machen. Die Verschlechterung des deutschen Außenhandels seit dem Oktober vorigen Jahres macht zur Erschließung des deutschen Inlandmarktes eine prinzipielle Umkehr von der seit Monaten anhaltenden Lohn-abbaupolitik zu einem dringenden Gebot der Stunde.

Krisenverluste für U.S.A.-Stahl

Verringerung des Reingewinnes bei drei Konzernen um zusammen 425 Millionen Mark.

Das Jahr 1930 hat den großen amerikanischen Stahlkonzernen eine empfindliche Gewinnverminderung gebracht. Sie beruht zum Teil auf einer Senkung der Umsätze, zum Teil auf einer starken Ermäßigung der Preise.

Die United States Steel Corporation (Stahltrust), in der fast die Hälfte der amerikanischen Stahlerzeugung zusammengeläuft ist, weist einen Reingewinn von 104 Millionen Dollar aus, d. h. knapp 440 Millionen Mark, gegenüber 195 Millionen Dollar im Jahre 1929. Es ist dabei interessant, zu sehen, wie die Kosteinnahmen des Konzerns bis zum Dezember des Monat zu Monat immer stärker zusammengeschrumpft sind. Sie betragen im Oktober 1929 noch über 22 Millionen Dollar, im Oktober 1930 nur noch 10,9 und im Dezember 1930 weniger als 4,2 Millionen Dollar. Erst in den allerletzten Januar- und Februarwochen ist in dieser Entwicklung infolge Auftragsmehrung ein Wandel eingetreten. Nach Aus-schüttung von insgesamt 85,6 Millionen Dollar auf Stamm- und Vorzugsaktien bleibt ein „Surplus“ von 18,8 gegen 108,5 Millionen Dollar im Vorjahre.

Der zweitgrößte amerikanische Stahlkonzern, die Bethlehem Steel Corporation, hatte im Jahre 1930 einen Reingewinn von 23,8 Millionen Dollar (rund 100 Millionen Mark), d. h. über 80 Millionen Mark weniger als im Jahre 1929. Hier war im letzten Vierteljahr der Einnahmerrückgang so stark, daß zur Aus-zahlung der Dividende auf den Reservefonds zurückgegriffen werden mußte. Bei einem dritten großen Stahlkonzern, der Youngstown Sheet and Tube Co., ging der Reingewinn von 21,6 auf 7,0 Mil-lionen Dollar zurück. Auch bei diesen beiden Konzernen hat sich der Beschäftigungsgrad in den letzten Wochen wieder gebessert.

Die starke Einnahmeverminderung hat die Tendenz zu Zusammenfassungen natürlich verstärkt. Zwar ist es der Bethlehem Steel Corporation nicht gelungen, die beabsichtigte Fusion mit der Youngstown Sheet and Tube Co. durchzuführen, doch werden weitere Pläne erwogen, wodurch nicht nur die beiden ge-

Wir führen nur Schuhe unserer eigenen Fabrik. Sie ist deshalb die grösste deutsche Schuhfabrik, weil sie beste Ware am billigsten verkauft



SALAMANDER

Preisabbau längst verstrichen ist, werden diese Erzeugnisse noch zu den alten Preisen verkauft, und in Berliner Photohändlerkreisen ist auch von einer bevorstehenden Senkung der Preise nichts bekannt. Da offenbar also auch die Fabrikanten für Photozubehör von sich aus nicht bereit sind, die schon so stark geschwächte Kaufkraft der Konsumenten zu schonen, wird auch auf diesem, breite Käuferkreise interessierenden Gebiete ein Eingreifen der Regierung erforderlich sein.

Metallkrise und Metallwerke.

Verluste der Vereinigten Deutschen Metallwerke.

Die Vereinigte Deutsche Metallwerke A. G. (früher Berg, Heilmann-Selve), Aitona, legt die Bilanz für 1929/30 vor, deren Ziffern infolge der Sanierung vom 13. August 1930 gegenüber dem Vorjahr wesentlich verändert sind. Die Sanierung war unvermeidlich, da die Gesellschaft unter dem Fall der Rohstoffpreise (insbesondere Kupfer) stark zu leiden hatte in einer Zeit, in der die Beschäftigung ihrer Werke sehr schlecht war.

Das Kapital wurde daher von 20 auf 10 Millionen Mark herabgesetzt und die Reserve von 2,76 Millionen Mark aufgelöst. Die Gewinn- und Verlustrechnung vom 30. September weist ordentliche und außerordentliche Abschreibungen in Höhe von 11 Millionen Mark aus. Diese Abschreibungen wurden vorgenommen auf Anlagen, von denen ein Teil stillgelegt wurde, Warenbestände und Forderungen. Die Warenbestände erscheinen nur noch mit 10,5 (17,95) Millionen Mark, die Forderungen nur noch mit 11,5 (17,31) Millionen Mark. Auf der Passivseite sind dafür die Verpflichtungen von 27,88 auf 21,87 Millionen Mark zurückgegangen; allerdings erhöhten sich die eigenen Akzente (von 0,88 auf 1,59 Millionen Mark) auf fast das Doppelte. Der Umsatz hat im Jahre 1928/29 85 Millionen Mark betragen; im abgelaufenen Geschäftsjahr sei er etwa 20 Prozent niedriger gewesen, muß also etwa 65 bis 70 Millionen Mark erreicht haben.

Im Zusammenhang mit der Sanierung wurden Verträge mit der Metallgesellschaft A. G., Frankfurt a. M., geschlossen; diese hat mit Wirkung vom 1. Oktober 1930 das Heddernheimer Kupferwerk und die Süddeutschen Kabelwerke auf die Vereinigten Metallwerke übertragen, die inzwischen eine ganze Reihe von Anlagen stillgelegt haben, zum Zwecke der Konzentration. Mit Wirkung vom 1. Oktober ist auch das Kapital der Vereinigten Metallwerke von 10 auf 9 Millionen Mark erhöht worden. Von den neuen Aktien hat die Metallgesellschaft 10 Millionen Mark als Gegenwert für die übertragenen Werke erhalten; sie dürfte damit die Aktienmehrheit der Vereinigten Metallwerke besitzen und stellt deshalb auch den Aufsichtsratsvorsitzenden. Die restlichen 10 Millionen Aktien sind vorläufig von einem Konsortium übernommen und mit 25 Proz. einbezahlt worden. Für diese Aktien müssen der Gesellschaft noch beträchtliche neue Mittel zuzuführen, so daß sie jetzt finanziell sehr gut gerüstet erscheint.

Von Sir Alfred Mond zu McGowan.

Verringerter Reingewinn im britischen Chemietrust.

Der britische Chemietrust Imperial Chemical Industries Ltd., eins der Großmachtzentren der internationalen chemischen Industrie, zeigt für 1930 einen Reingewinn von knapp 4,5 Millionen Pfund Sterling (60 Millionen Mark) gegenüber 5,3 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1929. Das Aktienkapital des Trusts beträgt 95 Millionen Pfund Sterling (1,9 Milliarden Mark). Die Jahresdividende wird von 8 auf 5 Proz. herabgesetzt.

Infolge der schweren englischen Wirtschaftskrise und des hohen Exportanteils am Gesamtumsatz der englischen Chemieindustrie ist der Gewinnrückgang des britischen Chemietrusts noch verhältnismäßig günstig. Der leitende Kopf des Trusts, Lord Reichart (ehemals Sir Alfred Mond), starb bekanntlich vor wenigen Monaten; gegenwärtiger Führer des Konzerns ist Harry McGowan. Wie die I. C. Farbenindustrie, beherrscht auch die Imperial Chemical Industries in ihrem Lande fast die gesamte Erzeugung von Farben und Farbstoffen, den Hauptteil der Seifen-, Säuren und Sprengstoffen und verfügt außerdem über ausgedehnte Metallinteressen. In Deutschland ist sie unter anderem an einem Viertel am Aktienkapital der Hirsch-Kupfer- und Messingwerke beteiligt.

Maschinenbaugruppe des Stahltrusts tilgt Verluste.

In der Bilanzierung der zum Stahltrust gehörenden Maschinenbau-Unternehmungen A. G. (M. u. G.) in Duisburg wurde mitgeteilt, daß nach Absetzung von rund 350 000 M. Abschreibungen aus dem verbleibenden Gewinn der Verlustortrag des letzten Jahres in Höhe von rund 850 000 M. getilgt und der Rest von rund 2000 M. in einen neuzubildenden Reservefonds gestellt wird.

Dieses Unternehmen, das die Verwaltungsgesellschaft sämtlicher zum Stahltrust gehörenden Maschinenfabriken darstellt, hat damit die noch im Jahre 1927 ausgewiesenen Verluste von über 3,3 Millionen Mark endgültig getilgt. Der Abschluß zeigt, daß die Maschinenfabriken des Stahltrusts ungeachtet der schweren Wirtschaftskrise im letzten Jahre mit hohen Gewinnen gearbeitet haben.

Steigender Export an Büromaschinen. Bei der Mercedes Büromaschinenwerke A. G. hat sich, wie auf der Generalversammlung mitgeteilt wurde, das Geschäft Ende vorigen Jahres kräftig belebt, was in der Hauptsache auf eine erhebliche Ausdehnung des Exports zurückzuführen ist. Die Gesellschaft, an der sich die amerikanische Underwood-Elliott-Führer-Gesellschaft beteiligt hat, weist für 1929/30 einen Reingewinn von nur 180 000 gegen 670 000 M. im vorhergehenden Jahre aus. Allerdings wurden die Abschreibungen von 490 000 auf 630 000 M. erheblich heraufgesetzt, die offenbar nicht nur auf Anlagewerte, sondern auch auf stärkere Zahlungsausfälle erfolgten.

Gegen Unfallversicherung.

Die Unternehmer verlangen ihren Abbau.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat in aller Stille dem Reichsarbeitsminister eine Denkschrift überreicht zum Abbau der Unfallversicherung. Die Unternehmer verlangen die Beseitigung eines Drittels des gesamten Rentenbestandes. So soll der § 559 der RVD. folgenden Absatz erhalten: „Eine Rente wird nicht gewährt, solange durch den Unfall die Erwerbsfähigkeit um weniger als ein Viertel gemindert ist.“ Die Renten unter 20 Prozent der Vollrente stellen aber mehr als den dritten Teil aller Verletztenrenten dar. Einschränkung der Versorgung der Leichtbeschädigten sei sachlich und sozial „gerechtfertigt“, weil die Leichtbeschädigten auf dem Arbeitsmarkt „keine nennenswerten Beschränkungen erleiden“. Die so zu gewinnenden Ersparnisse könnten für eine bessere Versorgung der Schwerebeschädigten verwendet werden. Auch die französische Sozialversicherungsgegebung wolle ja in ähnlicher Weise eine Staffelfung der Verletztenrenten einführen. Die Unternehmer treten also wieder einmal

in der Rolle des Menschenstundes

auf. Versprechungen kosten nichts. Sie verlangen weiter Beseitigung der Berufsfürsorge für Verletzte mit Erwerbsfähigkeit unter 50 Prozent, da diese Leute erfahrungsgemäß sich „aus eigener Kraft“ helfen könnten. Sie verlangen, daß die Witwe nur zwei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes ihres verstorbenen Ehemannes erhält, wenn sie dauernd invalide ist, während ihr bisher zwei Fünftel gewährt wurden, wenn sie die Hälfte ihrer Erwerbsfähigkeit verloren hatte. Sie verlangen, daß die Hinterbliebenenrenten, die nach dem jetzigen Gesetz zusammen höchstens vier Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes betragen, auf drei Fünftel herabgesetzt werden, da die Hinterbliebenen, wenn sie 80 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes erhielten, wirtschaftlich besser dastünden als beim Leben des Ernährers! Sie verlangen, daß die Witwenbeihilfe in Höhe von zwei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes, die die Witwe eines Schwereverletzten erhielt, wenn der Tod des Verletzten nicht Folge eines Unfalls war, beseitigt wird; denn es sei nicht anzuerkennen, daß der Ehegatte ohne die durch den Unfall hervorgerufene Einschränkung seiner Erwerbsfähigkeit keine Witwe in entsprechend besseren Vermögensverhältnissen zurückgelassen hätte. Sie verlangen

Beseitigung der Abfindung ohne Zustimmung des Verletzten,

da gegen eine Benachteiligung bei Bemessung der Abfindungssumme der Verletzte dadurch geschützt sei, daß das Oberversicherungsamt den Abfindungsbefehl wegen zu geringer Bemessung der Abfindungssumme aufheben könne. Sie verlangen, daß der Versicherte bei

Einlegung der Berufung eine Gebühr von 5 Mark zu entrichten hat. Gehe die Gebühr innerhalb einer vom Oberversicherungsamt bestimmten Frist von zwei Wochen nicht ein, so gelte die Berufung als nicht eingelegt. Habe die Berufung Erfolg, so werde die Gebühr dem Versicherten erstattet; andernfalls verfälle sie. Sie verlangen

Beseitigung der Entschädigung für Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeit,

da die Unternehmer rechtlich keinen Einfluß auf die Verkehrsregelung und Verkehrsüberwachung und praktisch keinen wirklichen Einfluß auf das Verhalten der bei den Berufsgenossenschaften versicherten Personen im Verkehr habe. Menschenfreundlich, wie die Verfasser der Denkschrift nun einmal sind, fordern sie diese Einschränkung gerade jetzt, weil sie wissen, daß die Verkehrsunfälle zunehmen, weil ungeübte Arbeiter heutzutage weit mehr als früher nicht mehr in der Nähe ihrer Arbeitsstätte wohnen, sondern weite Anmarschwege zurücklegen haben und auch dadurch viel mehr als früher Unfällen ausgesetzt sind.

Diese Beispiele zeigen zur Genüge, was den Arbeitern blüht, wenn nach Abschluß der Lohnabbaukampagne auf dem anderen sozialpolitischen Hauptkriegsschauplatz, d. h.

auf dem Gebiet der Sozialversicherung, ein neuer Angriff

einsetzt. Zu diesem Angriff wird, wie die Denkschrift der Vereinigung zeigt, in aller Stille gerüstet. Die Unternehmer möchten am liebsten schon vor der Schlacht den Sieg an ihre Fahne heften. Daher die Geräuschlosigkeit und Eile bei der Uebermittlung ihrer Abbauvorschläge an das Reichsarbeitsministerium, das für das kommende Jahr die vom Reichsanwalt angeforderte „Reform“ der Sozialversicherung zur Zeit vorbereitet.

Gefahr ist im Verzug! Das Reichsarbeitsministerium will „Inflationsercheinungen“ auf sozialpolitischem Gebiet „wegräumen“. Die Unternehmer wollen die Sozialversicherung in eine Art Armenkasse umwandeln, d. h. nur noch dort Leistungen wirksam werden lassen, wo eine Hilfe nicht mehr abgeschlagen werden kann, weil schließlich sonst die öffentliche Wohltätigkeit in Anspruch genommen werden müßte.

Wenn die deutsche Arbeiterschaft nicht von allen guten Geistern verlassen ist, dann schart sie sich Mann für Mann um ihre Gewerkschaften, dann holt sie nicht nur den zweiten Mann, sondern auch den letzten Mann unter den Arbeitskameraden heran und herein in die Gewerkschaften und in die Sozialdemokratische Partei. Gewerkschaften und Partei können nur so viel durchsetzen, als Macht hinter ihnen steht.

Zuspitzung bei der Reichsbahn

Kampfbefehl in Sachsen-Halle.

Leipzig, 16. März. (Eigenbericht.)

Am Sonntag tagte in Leipzig eine vom Einheitsverband der Eisenbahner einberufene Bezirkskonferenz der Reichsbahndirektionsbezirke Sachsen und Halle, die von über 600 Funktionären besucht war. Der Verhandlungsgegenstand, Reichstagsabgeordneter Scheffel, betrafte über den bisherigen Verlauf der Lohnverhandlungen. Der Bezirksleiter Müller betonte in der Aussprache, daß die Eisenbahner des Bezirks Halle darauf vorbereitet seien, den erforderlichen Weisungen der Organisation Folge zu leisten. Besonders hervorzuheben sind die Berichte der in den Betrieben stehenden Funktionäre, die in der Aussprache erfüllt, aber sachlich auf die große Notlage vieler Kreise der Eisenbahner hinwiesen. Die Konferenz billigte einstimmig nachfolgende Entschlüsse:

„Die Konferenz fordert vom Reichsarbeitsministerium und von der Schlichtungskammer unbedingte Berücksichtigung der schlechtbezahlten Eisenbahner. Die örtlichen Organisationen im Bezirke der Reichsbahndirektionsbezirke Sachsen und Halle haben vorfristig sofort alle erforderlichen Maßnahmen für die Schlagkraft der Organisation zu treffen.“

Der sächsische Bezirksleiter Delters führte am Schluß der Konferenz aus, daß die Eisenbahner jetzt eine äußerst schwierige Lohnbewegung zu führen hätten. Die Organisation sei aber, wie er jetzt vor wenigen Wochen in der Feiertagsredenstage sich gezeigt habe, in jeder Beziehung schlagkräftig. Die Verantwortlichen des Reichsbahnbetriebes sind verpflichtet, den für die gesamte Wirtschaft und Bevölkerung so wichtigen Verkehrsbetrieb vor Erschütterungen zu bewahren.

Das rücksichtslose Braukapital.

Hohe Gewinne und Lohnabbau.

Die Ende voriger Woche zwischen dem Verein Berliner Brauereien und den Tarifgewerkschaften geführten Verhandlungen über den Lohnabschluß des Lohntarifs für die Brauereiarbeiter sind, wie nicht anders zu erwarten war, ergebnislos verlaufen. Die Berliner Brauereien haben das Lohnabkommen zum 31. März getilgt und einen Abbau der Löhne um 8 Proz. gefordert.

Mit den allgemeinen Redensarten von der schlechten Lage des Gewerbes und ähnlichen „Begründungen“ warteten die Brauereiarbeiter bei den Tarifverhandlungen wohlweislich nicht auf. Die für das Vorjahr gezahlten Dividenden von 12 bis 24 Proz. hätten sich mit einer derartigen Beweisführung auch sehr schlecht in Uebereinstimmung bringen lassen. Statt dessen mußte die unzureichende Lage besonders in steuerlicher Hin-

sicht“ erhalten, die nach der Auffassung der Brauereiarbeiter eine Lohnpolitik auf lange Sicht erforderlich mache.

Da wahrscheinlich ab 1. April eine neue Erhöhung der Gemeindefürsorge von 5 auf 10 Mark vorgenommen werde, müßten die Arbeiter so einsichtig sein, im Interesse des Gewerbes auf einen Teil ihres jetzigen Einkommens zu verzichten, zumal ihr Reallohn nach den Berechnungen der Brauereien gegenüber der Vorkriegszeit angeblich um 35 bis 45 Proz. gestiegen sei.

Die Gewerkschaftsvertreter hielten den Unternehmern entgegen, daß ihr Beweismaterial sich hauptsächlich aus rechnartischen Kunststücken zusammensetze, die mit den tatsächlichen Verhältnissen nur theoretisch übereinstimmen. So werde u. a. von den Brauereiarbeitern die Steigerung der Arbeitsintensität überhaupt nicht in Rechnung gestellt, die z. B. bei den Flaschenstaplerarbeitern von 1924 bis 1930 etwa 90 bis 112 Proz. betrage und sich in der großen Arbeitslosigkeit unter den Brauereiarbeitern wieder spiegle. Jedenfalls seien die Brauereiarbeiter, deren horrendes Verdienste in den Bilanzen nur zu einem Teil zum Ausdruck kommen, die letzten, die Veranlassung haben, in die Front der Scharfmacher einzuschwenken. Die Herran, die von den Arbeitern Einsicht auf Kosten ihrer Lebenshaltung fordern, müßten selber mehr Einsicht zeigen.

Alle diese Einwände der Gewerkschaftsvertreter vermochten die Brauereiarbeiter von ihren Forderungen nicht abzubringen, so daß die Verhandlungen schließlich abgebrochen werden mußten, um in den nächsten Tagen wahrscheinlich vor dem Schlichtungsausschuß fortgesetzt zu werden.

Die am Sonntag im Heddern Hof versammelte Funktionäre der Brauereiarbeiter, in denen Genosse Hobapp vom Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter über den Verlauf der Verhandlungen berichtete, lehnten es angeichts „der unzureichenden Lage“ ab, über das Verhandlungsergebnis zu diskutieren oder irgendwelche Beschlüsse zu fassen. Nach dem Abschluß der Schlichtungsverhandlungen wird eine neue Funktionärskonferenz im Einvernehmen mit den Organisationsleitungen dann die notwendigen Entscheidungen treffen.

Auch die Gehälter sollen abgebaut werden

In den Verhandlungen mit den Brauereiarbeitern über die Neuregelung der Angestelltengehälter vertraten die Unternehmer die Auffassung, daß die Gehaltserhöhung vom April 1930 um 5 Proz. eine „Bergewaltigung durch die Schlichtungsinstanzen“ gewesen sei. Jetzt soll nicht nur diese Erhöhung wieder gestrichen, sondern Gehalts- und Manteltarifvertragsbestimmungen bis zu 40 Proz. verschlechtert werden.

Im allgemeinen sollte der Lohn- und Gehaltsabbau einen Preisabbau zur Folge haben; davon wollen die Brauereiarbeiter jedoch nichts wissen. Sie stöhnen lediglich über den geringeren Bierausstoß und behaupten, daß die Biersteuer die



vollzieht sich in
hygienisch einwandfreier Weise
in den Groß-Bäckerleien der
**Konsum-Genossenschaft Berlin
und Umgegend:**
Lichtenberg, Rittergutstraße 16-30
Tempelhof, Germaniastraße 46
Spandau-Haselhorst

Schutz habe, verschweigen oder absichtlich, was an Dividenden selbst im letzten Geschäftsjahr zur Ausschüttung gelangt ist. So zahlte der Schultheiß-Bayenhofer-Konzern im letzten Jahr 15 Proz. Dividende. Dabei ist zu den hohen Rücklagen aus den Vorjahren ein weiterer Reingewinn von 10,41 Millionen gutgeschrieben worden.

Diese Tatsache berechtigt die Angestellten, gegen den geplanten Abbau energisch Front zu machen. Das Brautkapital hat alle Veranlassung, die wirtschaftliche Lage ihrer Angestellten nicht noch weiter zu verschlechtern. Die bisher erfolgten Entlassungen von Angestellten haben bereits das Maß des Notwendigen überschritten. Die Belastung durch Biersteuer ist stets auf die Konsumenten abgewälzt worden. Um sich bei weiterem Rückgang zu schützen, wird verlangt, im Manteltarifvertrag eine Bestimmung zu akzeptieren, die eine Verkürzung der Arbeitszeit mit mindestens 16 2/3 Proz. Gehaltskürzung vorsieht. Die Angestellten werden mit Unterstützung der freien Gewerkschaften alle Vorbereitungen treffen, um zum Abwehrkampf gerüstet zu sein.

Das alte Lied.

Verhandlungen für Nordwest wieder ergebnislos.

Düsseldorf, 16. März. (Eigenbericht.)

Die am Montag in Düsseldorf neu aufgenommenen Tarifverhandlungen für Nord-West verliefen wieder ergebnislos. Die Verhandlungen bezogen sich weniger auf den Inhalt des Rahmentarifs, sondern auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Eisenindustrie. Die Unternehmer fordern nach wie vor Lohnabbau, die Gewerkschaften drängen auf Arbeitszeitverkürzung, Einschränkung der Verwaltungskosten und Beilegung des Baumarktes. Die Verhandlungen werden am 24. März fortgesetzt.

Vom Ruffengeschäft erwartet Nord-West allem Anschein nach keine entscheidende Belebung des Arbeitsmarktes. Noch wie vor, vielmehr jetzt erst recht lautet ihre Parole: Nur der Lohnabbau kann uns retten.

Was in Deutschland nicht passieren kann.

Nicht Löhne, Direktorengelälter abgebaut!

London, 16. März.

Nach dem Beispiel der Cunard-Linie haben nunmehr auch die Direktoren der Commonwealth and Dominion-Linie infolge der andauernden Wirtschaftskrise beschlossen, vom 1. Mai ab einen zehnprozentigen Abbau der Direktoren- und Angestelltengehälter durchzuführen.

Die seemannische Besatzung der Schiffe wird von dieser Gehaltskürzung nicht betroffen.

Wir sind weit entfernt, zu behaupten, die englischen Unternehmer und Generaldirektoren handelten anders als nach kapitalistischen Grundregeln. Aber immerhin, man hat außerhalb Deutschlands auch in Kapitalistenkreisen ein Gefühl für Imponderabilien.

In Deutschland ist dagegen folgendes passiert: Als die Harburger Devisenbank zum Zweck der Einstellung von Arbeitslosen die Sechstundenschicht einführen, äußerte sich der Syndikus einer prominenten Unternehmensvereinigung, es sei bedauerlich, daß man die Direktoren der Harburger Devisenbank nicht in Schutzhaft nehmen könne.

Mitropa-Belegschaft gegen Lohnabbau.

Im „Hotelhof“ tagte am Donnerstag und Freitag die Belegschaft der Mitropa, um gegen den Lohnabbau Stellung zu nehmen, der von der Direktion geplant ist. Nach den Referaten der Vertreter des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten Sasse und des Gesamtverbandes Kömer, sprachen zahlreiche Angestellte in der Diskussion, um in leidenschaftlicher Weise ihre Empörung zum Ausdruck zu bringen. Alle Redner waren der Auffassung, daß die Forderungen der Direktion, 12 Proz. Lohnabbau, in keiner Weise berechtigt ist. Die Mitropa möge oben anfangen abzubauen, bei den Kleingehältern und Prämien der Direktoren und Aufsichtsräte und die Zahl des Aufsichtspersonals verringern. Sie soll endlich entsprechend dem Reichsgerichtsurteil die ungesetlichen Bauten abschaffen, mit denen sie das Fahrpersonal monatlich zu je 20 unbegleiteten Ueberstunden zwingt. Von der Razi-Zelle war nichts zu hören und zu sehen.

Beide Versammlungen nahmen einstimmig eine Entschädigung an, die sich scharf gegen den Lohnabbau wendet und der Lohnkommission und den Gewerkschaften das Vertrauen ausdrückt.

Der Reichsfinanzminister gibt sich die Ehre.

Eine Einladung. — aber nicht zum Abendessen.

Der Reichsfinanzminister hat die am Tarifsonntag für die Arbeitnehmer der Reichsverwaltungen beabsichtigten Organisationen zu Lohnverhandlungen geladen, die heute vormittag beginnen sollen. Was das Ministerium plant, hat es bis jetzt den Organisationen noch nicht mitgeteilt. Aber die Eingeladenen dürften kaum von Lohnserbhöhungen träumen.

Landarbeiter und mitteldeutscher Schiedspruch

Der Deutsche Landarbeiter-Verband hält den Schiedspruch in der mitteldeutschen Landwirtschaft für ungerecht und wird ihn deshalb ablehnen. Endgültig zu entscheiden hat der Reichsarbittelsminister. Hoffentlich tut er es nicht, ohne sich über die wirkliche Situation in der mitteldeutschen Landwirtschaft unterrichtet zu haben. Die mitteldeutschen Landarbeiter würden einen Abbau der heutigen völlig unzureichenden Löhne einfach nicht verstehen. Es müßte mit Ereignissen gerechnet werden, die, vom Standpunkt der Produktion aus gesehen, bedauerlich sind. Zu beachten ist auch das immer stärker werdende Bemühen der Kommunisten, es in der mitteldeutschen Landwirtschaft zu einer Explosion kommen zu lassen.

Nochmals Verhandlungen in Südwales

London, 16. März. (Eigenbericht.)

Die Bergarbeitertarifkommission von Südwales beschloß am Montag, die Frage eines Streikes einstweilen zurückzustellen. Borerst soll versucht werden, einen Lohnabbau auf dem Wege von Verhandlungen zu verhindern.

Die Gewerkschaften der Rheinisch-Westfälischen Kohlenindustrie haben am Montag beim Reichsarbeitsminister die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens beantragt.

KLEINE ANZEIGEN

Ueberschriftswort 25 Pf., Textwort 12 Pf.
Wiederholungsabatt: 10 mal 5 Proz.,
20 mal oder 1000 Worte Abschluß
10 Proz., 2000 Worte 15 Proz., 4000
Worte 20 Proz. / Stellengesuche:
Ueberschriftswort 15 Pf., Textwort
10 Pf. / Anzeigen, welche für die
nächste Nummer bestimmt sind,
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Verlag Lindenstr. 3. oder auch in
sämtlichen Vorwärts-Filialen und
-Ausgabestellen abgegeben sein

Verkäufe

Leppichhaus
Emil Lehmann,
Berlin, seit 49 Jahren
nur Dresden-
straße 158. Rah-
tunungsleistungen
ohne Aufschlag. Spe-
zialkataloge kosten-
los.

1900 Karpfen,
5000 Meter Zäuner
in Cocos, Boule,
Belour, Bettor-
leiner, Preisen, Di-
wan, Tisch, Schlaf-
betten, erkauflich
billig Preis, Reich
und Co., Andreas-
straße 42.

Musik- instrumente

Eintrianos,
Richtianos über-
aus preiswert.
Pianolabrit Einf.
Drummenstränge 35

Pianos - Rängel,
Riefenlager, Dreh-
stein, Blüthner,
Steinman, Schweden-
ten, Selonpianos
275,-, 290,-, 425,-,
gebrauchte Abend-
rot, Pelsamer-
straße 74

Koffmann-Pianos,
gebrauchte, 300,-,
350,-, 400,-, 500,-,
550,-, 650,-, Preis
900,- an. Tonhöhen,
dauerhaft, Garantie,
Teilschlüsse, 53.50,
Pelsamerstraße 57
(Spittelhofenmarkt).

Spezialmaschinen

Größe Auswahl
Berlins Apparat-
apparate 12,-;
15,-; 20,-;
Edelapparate
45,-; 55,-; 65,-;
Edelapparate 10,-;
15,-; 20,-, Rad-
pumpe, Weinmeister-
straße 14.

Schwedenpianos
und wunderbarer
Tillor 140,-, Polch,
Rosenf., Berlinstr. 59

Schrankeapparate
fabrikat im Ton,
Saxophon- und
Solocellonant. Ge-
lange Gelesenheit,
auch kleine Noten-
zahlens. Preis,
Stettinerstraße 47,
Dumholtz 3532.

Möbel

Wassermatrasen
Metallbetten, Auf-
lagermatrasen,
Chaiselongues, Hel-
ter, Stauraumbettchen
achtzehn, Reichen-
bäumen.

Rüden,
alle Größen und
Farben, auch na-
turfarblich, besonders
dunkel, Buchen,
Eiche, Birch, Kirsch,
Albholz, Eichen-
schicht, 26, 30, 32, 34,
36, 38, 40, 42, 44,
46, 48, 50, 52, 54,
56, 58, 60, 62, 64,
66, 68, 70, 72, 74,
76, 78, 80, 82, 84,
86, 88, 90, 92, 94,
96, 98, 100, 102, 104,
106, 108, 110, 112,
114, 116, 118, 120,
122, 124, 126, 128,
130, 132, 134, 136,
138, 140, 142, 144,
146, 148, 150, 152,
154, 156, 158, 160,
162, 164, 166, 168,
170, 172, 174, 176,
178, 180, 182, 184,
186, 188, 190, 192,
194, 196, 198, 200.

Radio

Radio,
gebraucht, Licht Str.
die Diesel, Würzburg,
Straße 7.

Unterricht

Jeder Chef
steht Bewerber mit
Sprachkenntnissen
nach Drum lerne
Sprechen in der
Berik School, Deut-
scher Sprachkurs 110
Anerkennung
besam, 28, Einzel-
unterricht, Artikel
Preisabgabe 10 Pa.

16-Mark-Ruf
in Reichswehrlin-
gen, Stimmographie,
Buchführung, Vorn-
blatt, Berlin-Bl.
Mersch, Köhen-
ausenplatz 12, U-
Bahn-Station.

Technische Dr.
Brenner, Reize-
nurschneidemaschine,
Berlin, Reichen-
straße 3, Maschinen-
bau, Elektrotechnik,
Sachbau, Tiefbau,
Steinmetzwerk,
Steinmetzwerk.

Abiturium,
Einjähriges, Director
Dr. Kadelmanns
Anstalt, Bohen-
ausenbaum 198.

Möbel

Wassermatrasen
Metallbetten, Auf-
lagermatrasen,
Chaiselongues, Hel-
ter, Stauraumbettchen
achtzehn, Reichen-
bäumen.

Rüden,
alle Größen und
Farben, auch na-
turfarblich, besonders
dunkel, Buchen,
Eiche, Birch, Kirsch,
Albholz, Eichen-
schicht, 26, 30, 32, 34,
36, 38, 40, 42, 44,
46, 48, 50, 52, 54,
56, 58, 60, 62, 64,
66, 68, 70, 72, 74,
76, 78, 80, 82, 84,
86, 88, 90, 92, 94,
96, 98, 100, 102, 104,
106, 108, 110, 112,
114, 116, 118, 120,
122, 124, 126, 128,
130, 132, 134, 136,
138, 140, 142, 144,
146, 148, 150, 152,
154, 156, 158, 160,
162, 164, 166, 168,
170, 172, 174, 176,
178, 180, 182, 184,
186, 188, 190, 192,
194, 196, 198, 200.

Radio

Radio,
gebraucht, Licht Str.
die Diesel, Würzburg,
Straße 7.

Unterricht

Jeder Chef
steht Bewerber mit
Sprachkenntnissen
nach Drum lerne
Sprechen in der
Berik School, Deut-
scher Sprachkurs 110
Anerkennung
besam, 28, Einzel-
unterricht, Artikel
Preisabgabe 10 Pa.

16-Mark-Ruf
in Reichswehrlin-
gen, Stimmographie,
Buchführung, Vorn-
blatt, Berlin-Bl.
Mersch, Köhen-
ausenplatz 12, U-
Bahn-Station.

Technische Dr.
Brenner, Reize-
nurschneidemaschine,
Berlin, Reichen-
straße 3, Maschinen-
bau, Elektrotechnik,
Sachbau, Tiefbau,
Steinmetzwerk,
Steinmetzwerk.

Ver- chiedenes

Rechtliche
Stafel, Causse-
straße 77, Fern-
sprecher, Wedding
7886, Beobachtun-
gen, Arzneimittel,
Kunststoffe allerorten.

Musik u. Gesang

Rechtliche
Stafel, Causse-
straße 77, Fern-
sprecher, Wedding
7886, Beobachtun-
gen, Arzneimittel,
Kunststoffe allerorten.

Ver- chiedenes

Rechtliche
Stafel, Causse-
straße 77, Fern-
sprecher, Wedding
7886, Beobachtun-
gen, Arzneimittel,
Kunststoffe allerorten.

Musik u. Gesang

Rechtliche
Stafel, Causse-
straße 77, Fern-
sprecher, Wedding
7886, Beobachtun-
gen, Arzneimittel,
Kunststoffe allerorten.

Ein erfahrener
Obermeister
für neue Magnetfabrik
gesucht. Schriftl. Angebote unter
J. 21 an die Expedition dies. Zeitung

Nun ist sie da!

Sanella

die neue Margarine

Millionen Hausfrauen werden auf-
atmen - denn Sanella kommt wie ge-
rufen in sorgenvoller Zeit.
Eine Qualitäts-Margarine ersten Ran-
ges, das halbe Pfund für 35 Pfennig;
das ist ein Lichtblick. Da spart man
doch wirklich viel!

Sanella ist wirklich etwas Auserlesenes.

Sanella

MARGARINE

DIE FEINE
PREISWERT
WIE KEINE

Lesen Sie übermor-
gen an dieser Stelle
Näheres über die
große SANELLA-
Überraschung für
Sie!

nur
35
Pfennig

DAS HALBE PFUND

